



Repräsentative Meinungsumfrage „Zukunft Landesspital“

Resultate

Dezember 2011

Wilfried Marxer

Umfragen zur Volksabstimmung und zur Spitalplanung	2
Zusammenfassung der Ergebnisse	5
Einstellungen zum Landesspital	8
Standort des Landesspitals.....	11
Ärztliche Betreuung, Qualität.....	16
Arbeitsplätze, Steuern, Investitionen.....	25
Kooperation, Koordination.....	34
Zustimmung zu Argumenten.....	38
Motive bei der Volksabstimmung	46

Umfrage zur Spitalplanung

Vorgeschichte

Am 28./30. Oktober 2011 fand aufgrund eines Referendums gegen den Finanzbeschluss des Landtages vom 28. Juni 2011 betreffend einen Verpflichtungskredit für den Neubau des Liechtensteinischen Landesspitals am bestehenden Standort in Vaduz eine Volksabstimmung statt. Die Volksabstimmung endete bei einer Stimmbeteiligung von 70,8 Prozent mit einem deutlichen Nein von 58,1 Prozent. Nach der Volksabstimmung wählte der Landtag in der folgenden Landtagssitzung eine fünfköpfige Kommission, die in Zusammenarbeit mit der Regierung beziehungsweise dem für den Bereich Gesundheit zuständigen Ressort der Regierung die Richtlinien für die künftige Spitalplanung festlegen soll. Nach der Volksabstimmung ist auch das Referendumskomitee, welches sich gegen den Verpflichtungskredit ausgesprochen hatte, weiterhin aktiv und meldete sich am 9. Dezember mit eigenen Vorschlägen zur künftigen Spitalplanung zu Wort.

Umfrage

Aufgrund der Ablehnung des Verpflichtungskredites für den Neubau des Landesspitals beauftragte die Regierung das Liechtenstein-Institut mit der Durchführung einer Umfrage, um die Meinung der Bevölkerung hinsichtlich einer künftigen Spitalplanung in Erfahrung zu bringen. Dies erscheint nach dem ablehnenden Volksentscheid sinnvoll und notwendig, um bei der anstehenden Planung keine weitere Ablehnung durch einen Volksentscheid zu riskieren.

Interventionen

Die Umfrage musste in einem äusserst angespannten politischen Klima durchgeführt werden. Der Projektleiter nahm die Aufgabe an, mittels einer repräsentativen Meinungsumfrage allen Beteiligten eine Orientierung darüber zu geben, wie die Meinung der Bevölkerung in der Spitalfrage aussieht, welches die wesentlichen Gründe für eine Ablehnung waren und in welche Richtung eine weitere Planung allenfalls vom Volk unterstützt würde. Dies sollte eigentlich im Interesse sowohl der Befürworter wie auch der Gegner des an der Volksabstimmung verworfenen Projektes sein.

Auf Kosten einer unbeeinflussten Umfrage wurde indes eine intensive politische Debatte über die weitere Planung des Landesspitals und insbesondere auch über die geplante und laufende Umfrage geführt. Während der laufenden Umfrage meldete sich das Referendumskomitee, das sich gegen den Finanzierungskredit eingesetzt hatte, mit einer Pressekonferenz zu Wort. Dabei wurden zentrale Forderungen dieser Gruppierung öffentlich bekräftigt, sodass die Gefahr besteht, dass diese Intervention auch einen Einfluss auf das Auskunftsverhalten und die Auskunftsbereitschaft der Angefragten hatte.

Ein Vergleich der erfassten Interviews vor und nach der erwähnten Pressekonferenz, die mitten in die Befragung fiel, zeigt bei einigen wenigen Variablen einen signifikanten Unterschied. Dies ergibt eine spezifische Datenanalyse. Der Effekt lässt sich allerdings mehrheitlich darauf zurückführen, dass in der ersten Interviewphase ältere Befragte überrepräsentiert waren, sodass in der zweiten Phase verstärkt das Segment der Jüngeren gesucht und befragt wurde. Jüngere sind dem Belegarztsystem gegenüber weniger positiv eingestellt, dem Standort Vaduz gegenüber hingegen positiver als die Älteren. Aber auch unabhängig von diesem Alterseinfluss lässt sich eine moderate Veränderung des Antwortverhaltens während der gut einwöchigen Befragungsdauer feststellen. So verschoben sich im Zuge der Befragung über den Alterseffekt hinaus die Präferenzen leicht in Richtung eines Chefarztsystems (zulasten der Belegärzte), die Notwendigkeit einer besseren Kooperation in der Region wurde noch etwas stärker betont. Dies kann ein Einfluss der erwähnten Pressekonferenz sein.

Rückmeldungen aus dem Labor

Von Seiten des Labors kamen Rückmeldungen, dass die Verweigerungsquote der Angefragten relativ hoch war. Es wurde zum Teil der Vorwurf gemacht, dass eine solche Befragung vor der Volksabstimmung hätte durchgeführt werden sollen, nicht erst danach. Da die Materie der Spitalplanung insgesamt äusserst komplex ist, war es auch unvermeidlich, dass die Fragen für ein Laienpublikum teilweise kompliziert und daher schwer zu vermitteln waren. Dies hat die Interviewdauer über das erwartete Mass hinaus erhöht.

Repräsentativität und Qualität

Gegenüber der Grundgesamtheit, also den Stimmberechtigten in Liechtenstein, zeigt die Stichprobe der rund 600 Befragten leichte Verzerrungen auf. Jüngere sind im Vergleich zu Älteren schwerer zu erreichen und daher etwas unterrepräsentiert. Dieser Tendenz wurde mit einer Quotierung begegnet, sodass gegen Ende der Befragung nur noch gezielt Junge, insbesondere Männer, unter 35 Jahren interviewt wurden. Im Vergleich zum Abstimmungsergebnis der Volksabstimmung sind diejenigen, die angeben, dem Spitalkredit zugestimmt haben, etwas überrepräsentiert (in der Folge „Zustimmende“ genannt), diejenigen, die angeben, den Kredit abgelehnt zu haben, leicht unterrepräsentiert (in der Folge „Ablehnende“ genannt). Am deutlichsten untervertreten ist die Gruppe derjenigen, die angeben, nicht an der Abstimmung teilgenommen zu haben.

Bei den Abweichungen zwischen Stimmverhalten und der Angabe im Interview muss allerdings berücksichtigt werden, dass es sich um eine Erinnerungsfrage rund sechs Wochen nach der Volksabstimmung handelt, sodass keine vollständige Gewähr besteht, dass die Rückerinnerung zutreffend ist. Ferner ist auch davon auszugehen, dass die Stimmabstinenten, meist auch politisch weniger Interessierten, überdurchschnittlich häufig unter denjenigen vertreten sind, die ein Interview verweigern.

Eine Datenanalyse mit verschiedenen Gewichtungsfaktoren, die diese genannten Verzerrungen kompensieren, führt allerdings zu keinen Resultaten, die die nachfolgenden Darstellungen grundsätzlich infrage stellen. Die Resultate weichen unter Einschluss von Gewichtungsfaktoren

nur moderat ab. Die Darstellungen zeigen ein solides Meinungs- und Stimmungsbild unter den Stimmberechtigten bezüglich des Landesspitals und der weiteren Planung.

Es muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass die Spitalplanung mit den vielen Fragen betreffend Kosten, Standort, Trägerschaft, Betriebsmodell, Leistungsauftrag, der Koordination der Angebote in der Region, der Kooperation und weiteren Fragen zu komplex ist, als dass eine Meinungsumfrage einen fundierten Planungsprozess ersetzen kann. Die Umfrage kann einen Hinweis auf die Einstellungen in der Bevölkerung geben. Aus Reaktionen auf die Umfrage ist deutlich geworden, dass die Bevölkerung in vielen fachspezifischen Fragen überfordert ist und daher die Entscheidungsträger gefordert sind.

Es spricht vieles dafür, dass ein Kompromiss gefunden werden muss, da in sehr vielen Einzelfragen die Meinungen derjenigen, die für, und derjenigen, die gegen den Spitalkredit waren, weit auseinander gehen. Es scheint also Gesprächs- und Konsensbereitschaft auf allen Seiten und Ebenen notwendig zu sein.

Die Darstellungen in dieser Resultatübersicht geben jeweils Prozentzahlen an.

Kenndaten der Umfrage Neuplanung Landesspital

Zeitraum der Befragung	7. bis 17. Dezember 2011
Methode	CATI (Computer-Assisted Telephone Interviews)
Umfrage-Institut	LINK, Zürich
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte in Liechtenstein
Stichprobenziehung	Random-Quota-Methode
Befragungsdauer Mittelwert	18 Minuten
Stichprobe	613
Vertrauensbereich	max. +/- 4.0 Prozent
Befragte Männer	293
Befragte Frauen	320
Befragte 18-35 Jahre	152
Befragte 36-55 Jahre	246
Befragte 56+ Jahre	215
Befragte Zustimmungde	246
Befragte Ablehnende	263
Befragte Nichtteilnehmende	83

Zusammenfassung der Ergebnisse

Landesspital

Die Bevölkerung steht fast vollständig (86 Prozent) hinter einem eigenständigen Landesspital. Eine Situation ohne Landesspital würde man eher schlecht finden. Bezüglich der Trägerschaft gehen die Meinungen auseinander, wobei eine staatliche Trägerschaft (wie bisher) mehrheitlich unterstützt wird.

Standort

Der bestehende Standort in Vaduz wird eher gut als schlecht beurteilt. Wenn man allerdings ganz von vorne beginnen könnte, würden auch andere Standorte infrage kommen. Nur knapp die Hälfte der Befragten findet, dass der bestehende Standort besser ist als andere Standorte. Um den bestehenden Standort in Vaduz zu evaluieren, müssten konkrete Alternativen aufgezeigt werden können. Erst dann könnte man fragen, ob der bestehende Standort oder ein alternativer Standort für geeigneter angesehen wird.

Es herrscht hohe Bereitschaft, für einen alternativen Standort nötigenfalls auch einem Grundstückserwerb zuzustimmen.

Belegarzt und Chefarzt

Die Meinungen, ob das Landesspital im Belegarztsystem oder im Chefarztsystem geführt werden soll, gehen auseinander. Das Chefarztsystem erhält stärkeren Zuspruch, aber auch Belegärzte haben einen Platz im Landesspital. Hier ist auf jeden Fall eine Verständigung unter den Experten und politischen Akteuren notwendig. Eine Kombination dieser beiden Systeme erscheint als zielführende Variante.

Belegärzte und Landesspital

Eine knappe Mehrheit findet, dass die Belegärzte zu stark vom Landesspital profitieren. Umgekehrt ist aber bei einer grossen Mehrheit die Meinung vorhanden, dass auch das Landesspital von den Belegärzten profitiert. Rund 80 Prozent der Befragten möchten den Belegärzten auch weiterhin den Zugang zum Landesspital ermöglichen. Zwar haben nicht alle ein ausgeprägtes Vertrauen in die Qualifikation der Belegärzte. Der Anteil derjenigen, die Vertrauen in die Belegärzte haben, überwiegt aber dennoch deutlich.

Arbeitsplätze

Eine Mehrheit von fast 90 Prozent plädiert für die Erhaltung der Arbeitsplätze im Landesspital.

Kosten

Die Kosten sind in der Spitalfrage bei genauerer Betrachtung nicht so bedeutend, wie die Auseinandersetzung rund um die Volksabstimmung suggerieren könnte. Der Verpflichtungskredit scheiterte weniger an den geplanten Kosten, sondern mehr am Gegenwert für diese Kosten. Die Bevölkerung scheint sich bewusst zu sein, dass die Gesundheitsversorgung hohe Kosten verursacht. Dies zeigt sich daran, dass der an der Volksabstimmung verworfene Kredit von 83 Millionen Franken grundsätzlich mehrheitlich als vertretbar angesehen wird. Auch ein allfälliger Wechsel auf ein Chefarztsystem, das mehrheitlich unterstützt wird, folgt nicht dem Motiv der Kostendämpfung, sondern vielmehr der Qualitätsverbesserung.

Auch bei einem Arbeitsplatzabbau und einer Verlagerung von Investitionen ins Ausland sind finanzielle Motive sekundär. Nur rund ein Drittel sieht ein Problem darin, dass Steuern verloren gehen. Und weniger als die Hälfte sieht ein Problem darin, dass Investitionen im Ausland getätigt werden. Die Situation der Beschäftigten bei einem allfälligen Arbeitsplatzabbau und der grundsätzliche Wunsch, ein eigenes Landesspital aufrecht zu erhalten, dominieren diese Fragestellung.

Leistungsangebot

Die Meinungen bezüglich des künftigen Leistungsangebotes des Landesspitals gehen auseinander. Die beiden Lager sind weitgehend mit den Zustimmenden und Ablehnenden der Volksabstimmung identisch. Klar ist, dass kaum jemand eine Auflösung des Landesspitals möchte. Die häufigsten Nennungen (47 Prozent) entfallen auf die Reduktion des Angebotes auf Kernaufgaben, gefolgt vom Wunsch nach Aufrechterhaltung des bestehenden Leistungsangebotes (38 Prozent). 11 Prozent sprechen sich für einen Ausbau des Angebotes aus.

Unter den vom Landesspital zu erbringenden Leistungen rangieren an oberster Stelle die Geburtshilfe, der Unfall/Notfalleinsatz und die Geriatrie. Am wenigsten erwartet werden spezialisierte medizinische Leistungen und die Kardiologie.

Kooperation und Koordination

Der Wunsch nach einer engen Abstimmung aller Aktivitäten mit den umliegenden Spitälern ist unüberhörbar. Eine entsprechende Forderung findet 93 Prozent Zustimmung. Grosse Zustimmung findet auch das Modell, das Landesspital unter einem Dach mit der Spitalregion zu führen (76 Prozent, wobei hier die Frage der Eigenständigkeit nicht thematisiert ist). Auch die Konzentration auf bestimmte Fachgebiete, was wiederum in Abstimmung mit der Spitalregion zu erfolgen hätte, wird von einer Mehrheit von 73 Prozent begrüsst. Hingegen findet ein Leistungsabbau und die Verteilung auf umliegende Spitälern im Rahmen der Kooperation keine mehrheitliche Unterstützung, ebenso wenig das Modell, das Landesspital als Zweigstelle des Spitals Grabs zu führen.

Insgesamt wird also eine enge Anbindung an die Spitalregion, die Abstimmung der Leistungsangebote, eine Spezialisierung mit entsprechend überzeugenden qualitativen

Leistungen sowie eine Kooperation zwischen den Spitälern favorisiert. Gleichzeitig soll das Landesspital ein gewisses Mass an Eigenständigkeit bewahren und ein definiertes und attraktives Leistungsangebot auf hohem Niveau unterhalten.

Gründe für das Nein an der Urne

Die Ablehnung des Verpflichtungskredites durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bedeutet kein Nein zu einem eigenständigen Landesspital. Strittig waren bei den Ablehnenden insbesondere die Kosten und die Standortfrage, weniger deutlich das Belegarztsystem, die als mangelhaft empfundene Koordination der Angebote in der Region und das als unausgereift erachtete Konzept. Der Umfrage zur Spitalplanung kann ferner entnommen werden, dass die Kostenfrage eng mit der konzeptionellen Ausrichtung des Landesspitals verknüpft ist. Wenn die Überzeugung da ist, dass die Spitalplanung in Kooperation und Koordination mit dem regionale Spitalangebot verläuft und der Standort für das Landesspital akzeptiert ist, kann davon ausgegangen werden, dass in der Bevölkerung die Bereitschaft für eine Finanzierung vorhanden ist.

Antwortverhalten

Bei allen Fragen zeigen sich die grössten Differenzen im Antwortverhalten zwischen denjenigen, die angeben, bei der Volksabstimmung mit Nein gestimmt zu haben (Ablehnende), und denjenigen, die dem Kredit für den Neubau des Landesspitals zugestimmt haben (Zustimmende). In den folgenden grafischen Darstellungen werden daher die Differenzen zwischen diesen Segmenten ausgewiesen. Merkmalsdifferenzen wie Geschlecht, Alter oder formale Bildung führen hingegen selten zu signifikanten Unterschieden im Antwortverhalten und werden daher nicht weiter dargestellt, sondern gegebenenfalls im Text erwähnt.

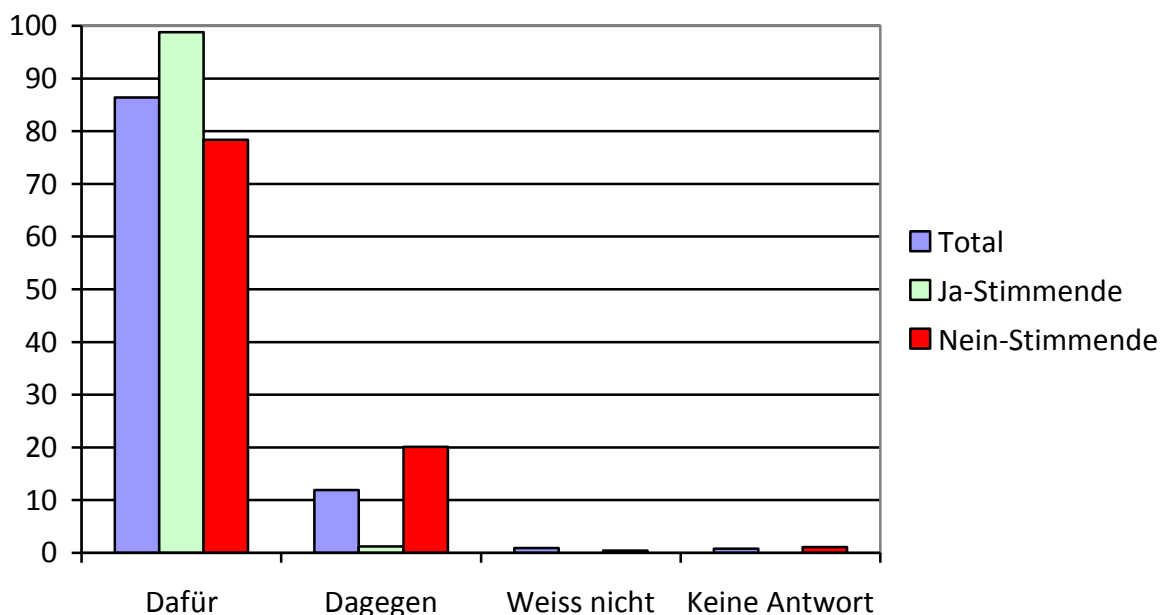
Einstellungen zum Landesspital

Grundsätzliche Einstellung zu einem Landesspital

In der Volksabstimmung wurde der Kredit für einen Neubau des Landesspitals abgelehnt. Die Frage ist, ob sich dieses Nein grundsätzlich gegen ein eigenständiges Landesspital richtet, unabhängig von der Detailplanung. Das Referendumskomitee hatte sich im Vorfeld der Volksabstimmungen zwar ebenfalls für ein Spital in Liechtenstein ausgesprochen (Motto: „Üsers Spital scho – aber so Nein!“). Das muss aber nicht zwingend für alle Ablehnenden gelten.

Eine grosse Mehrheit von 86 Prozent spricht sich grundsätzlich für ein eigenständiges Landesspital aus. Hier herrscht weitgehender Konsens zwischen den Zustimmenden und den Ablehnenden, wobei aber unter Ablehnenden ein deutlich grösserer Anteil festgestellt wird, der auf ein eigenständiges Landesspital verzichten könnte.

Für oder gegen ein eigenständiges Landesspital



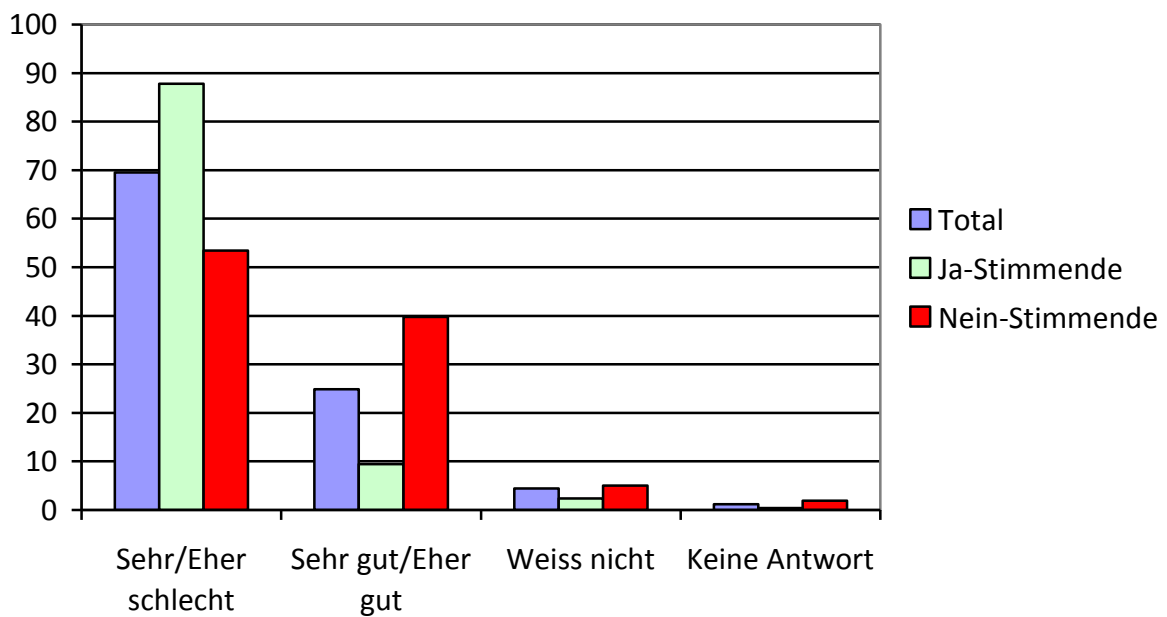
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Situation ohne Landesspital

Wie stark der Rückhalt für ein eigenes Landesspital ist, kann auch den Antworten auf die Frage entnommen werden, wie man die Situation persönlich einschätzen würde, wenn alle Spitalbehandlungen im Ausland gemacht werden müssten.

Eine deutliche Mehrheit von 69 Prozent würde die Situation sehr schlecht (18 Prozent) oder eher schlecht finden (51 Prozent), wenn man alle Spitalbehandlungen im Ausland machen müsste. Die Ablehnenden sehen das zwar tendenziell auch so, aber mit insgesamt 53 Prozent nicht so deutlich (Zustimmende: 88 Prozent).

Empfundene Situation ohne Landesspital



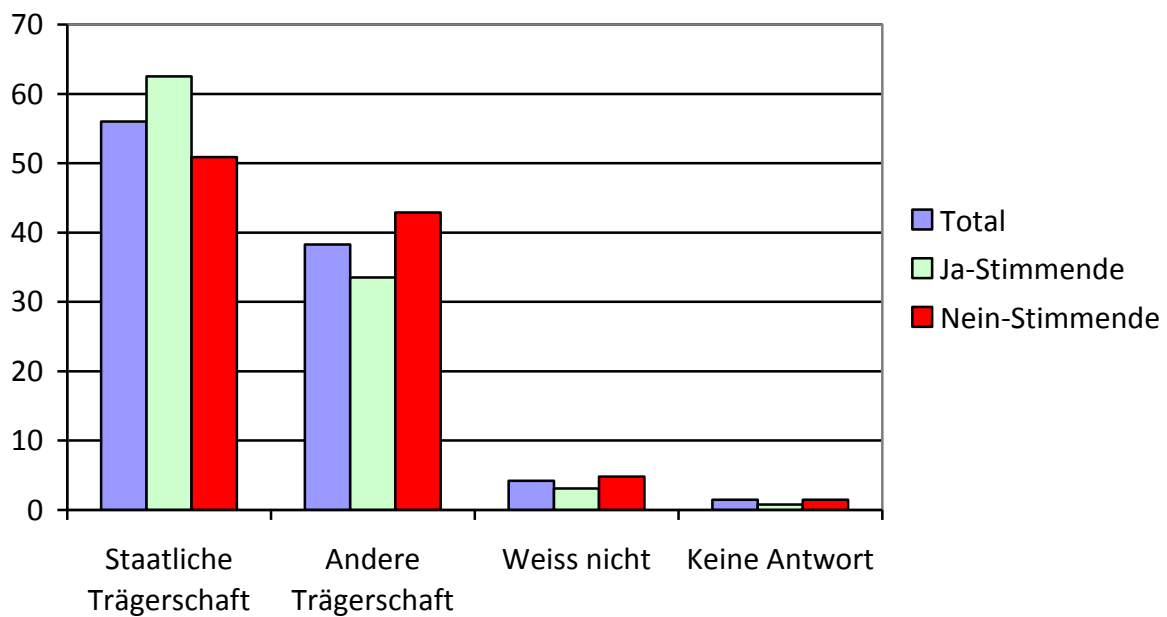
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Trägerschaft

Eine weitere Frage bezog sich auf die Trägerschaft. Die Frage war, ob wie bisher der Staat ein Landesspital betreiben sollte, oder ob eine andere Trägerschaft, z.B. eine private Trägerschaft oder eine Mischform zwischen staatlichem und privatem Träger, bevorzugt würde.

Bezüglich der Trägerschaft gehen die Meinungen insgesamt deutlich auseinander: 56 Prozent bevorzugten eine rein staatliche Trägerschaft, 38 Prozent eine private Trägerschaft oder eine Mischform. Die Zustimmenden sprechen sich dabei häufiger für eine staatliche Trägerschaft aus (62 Prozent) als die Ablehnenden (51 Prozent).

Rein staatliche oder andere Trägerschaft



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

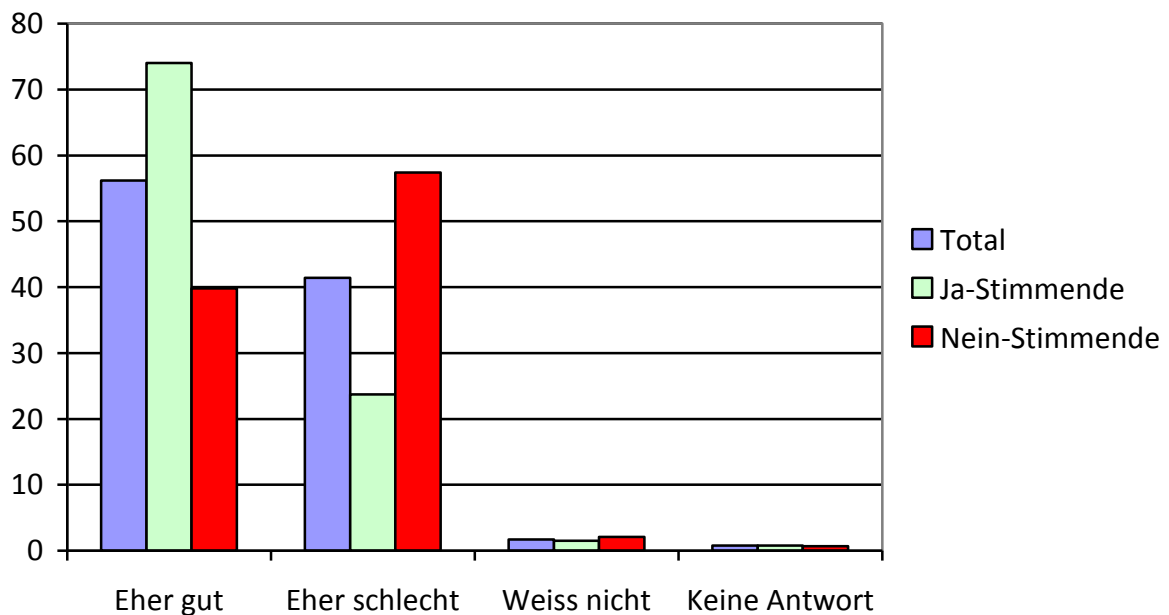
Standort des Landesspitals

Standort

Der nächste Fragenkomplex bezog sich auf den Standort. Von Seiten des Referendumskomitees wurde gefordert, den Standort nochmals zu überdenken.

Insgesamt finden 56 Prozent den bestehenden Standort in Vaduz eher gut, 41 Prozent eher schlecht. Unter den Zustimmungsenden schneidet der bestehende Standort mit 74 Prozent deutlich besser ab als bei den Ablehnenden, bei denen eine Mehrheit von 57 Prozent den bestehenden Standort eher schlecht findet. Bei Jüngeren bis 35 Jahre findet der bestehende Standort eher Gefallen (65 Prozent) als bei den anderen Altersklassen (52 Prozent).

Landesspital am bestehenden Standort



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Bevorzugter Standort

In einer offenen Frage wurde sodann erhoben, welchen Standort man favorisieren würde, wenn man mit der Planung ganz von vorne anfangen könnte. Die Antworten wurden nachträglich zu Antwortkategorien zusammengefasst.

Die Zustimmung zum bestehenden Standort schrumpft unter der Voraussetzung, dass ganz von vorne geplant werden könnte, auf 41 Prozent. 22 Prozent sprechen sich für verschiedene andere Standorte in Vaduz aus, meist ohne konkrete Nennung (anderer Standort in Vaduz, ausserhalb des Zentrums, bei Autobahneinfahrt, Willeareal, Nähe des Rheins, Zollstrasse). 31 Prozent plädieren für Schaan (ohne konkrete Standortnennung). 12 Prozent geben statt einer geografischen Bezeichnung ein Merkmal an, wie beispielsweise ruhige oder zentrale Lage. Andere Gemeinden werden als möglicher Standort kaum genannt.

Die Präferenzen für die Standorte unterscheiden sich nach Gemeinden und Regionen deutlich. Für den bestehenden Standort sprechen sich 56 Prozent der Vaduzer, 30 Prozent der Schaaner, 50 Prozent im restlichen Oberland und 29 Prozent im Unterland aus.

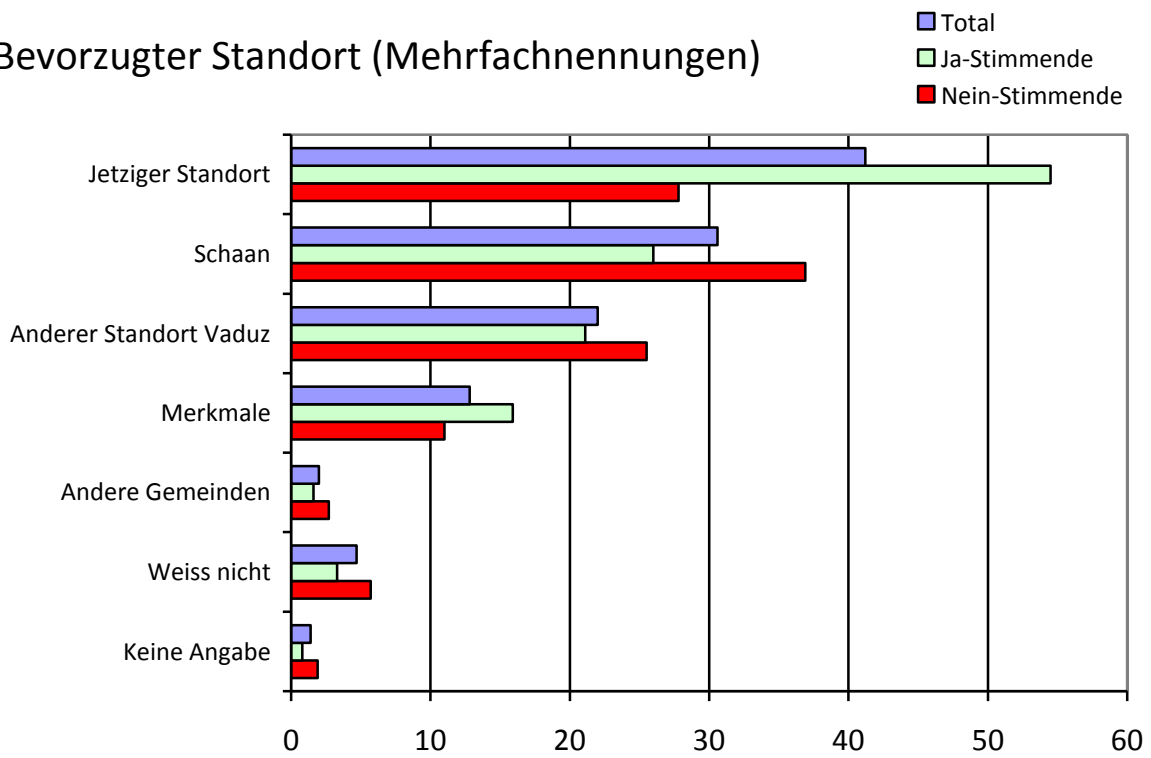
Für einen anderen Standort in Vaduz votieren 18 Prozent der Vaduzer, 24 Prozent der Schaaner, 21 Prozent im restlichen Oberland und 22 Prozent im Unterland.

Für einen Standort in Schaan sprechen sich 24 Prozent der Vaduzer, 38 Prozent der Schaaner, 18 Prozent im restlichen Oberland und 41 Prozent im Unterland aus.

Insgesamt wird also ein Spitalstandort bevorzugt, der einerseits zentral in Liechtenstein gelegen ist, andererseits von der jeweiligen Wohngemeinde möglichst einfach und schnell zu erreichen ist. Das sieht aus der Warte von Ruggell oder Mauren anders aus als aus der Warte von Balzers oder Triesen.

Die Zustimmenden sind mit dem bestehenden Standort in Vaduz eher einverstanden als die Ablehnenden, welche überdurchschnittlich für einen anderen Standort in Vaduz oder einen Standort in Schaan plädieren.

Bevorzugter Standort (Mehrfachnennungen)



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

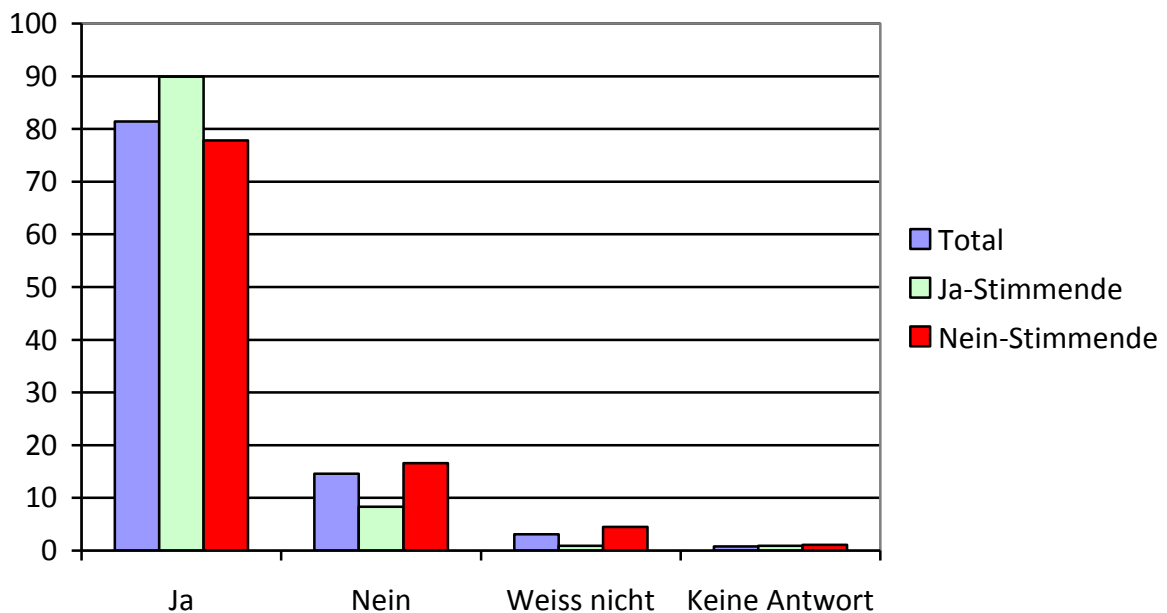
Grundstückskauf

FILTER: Die Frage wurde denjenigen gestellt, die einen anderen Standort als den bestehenden bevorzugen.

Falls ein anderer Standort als der bestehende ins Auge gefasst würde, stellt sich allenfalls das Problem, dass ein geeignetes Grundstück gekauft werden muss, wenn es sich nicht bereits in Landesbesitz befindet.

81 Prozent würden einem Grundstückskauf zustimmen, falls dies für den Neubau eines Landesspitals notwendig wäre. Nur 15 Prozent lehnen dies ab.

Unterstützung für Grundstückskauf



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

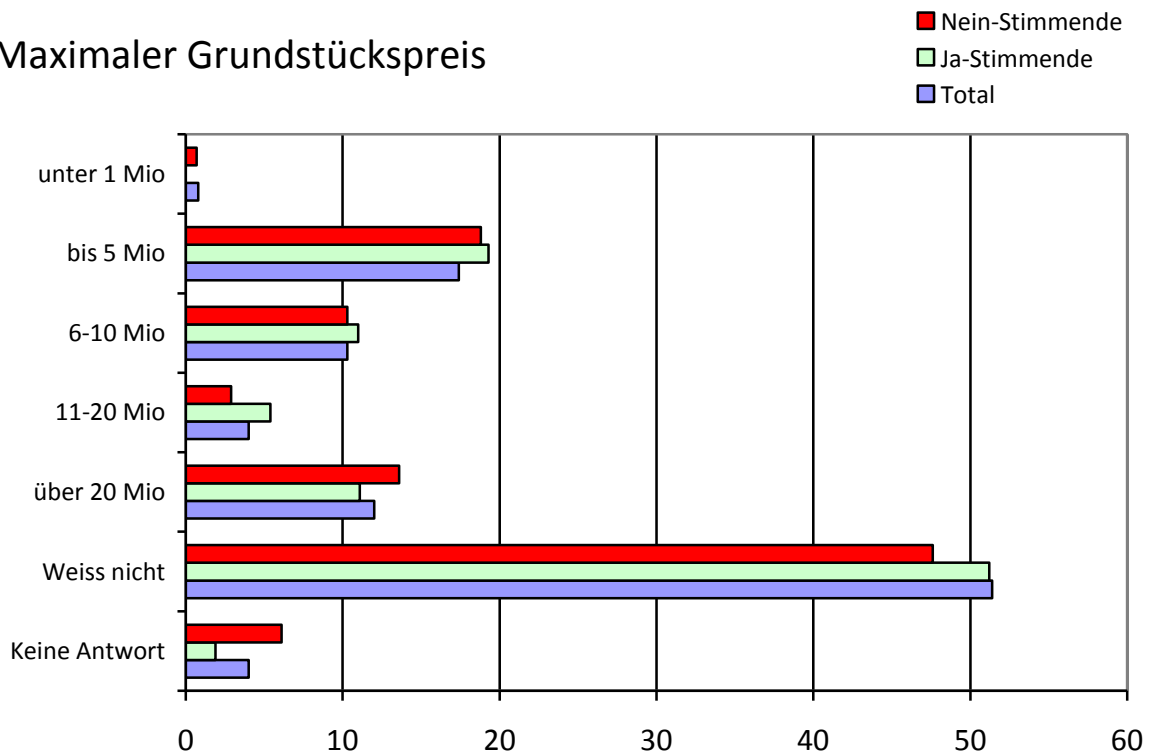
Ausgaben für Grundstückskauf

FILTER: Die Frage wurde nur denjenigen gestellt, die einem Grundstückskauf zustimmen würden.

In einer offenen Frage wurde ferner erhoben, wie hoch ein allfälliger Kaufpreis aus Sicht der Befragten maximal sein dürfte. Die Antworten wurden nachträglich zu Kategorien zusammengefasst.

Die Spannweite ist sehr gross und gibt für die weitere Planung keine hilfreichen Hinweise. Die Unsicherheit der Befragten bei dieser Frage geht auch daraus hervor, dass 55 Prozent derjenigen, die einem Kauf zustimmen würden, nicht wissen oder keine Antwort darauf geben, wie hoch ein Kaufpreis allenfalls sein könnte.

Maximaler Grundstückspreis



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Ärztliche Betreuung, Qualität

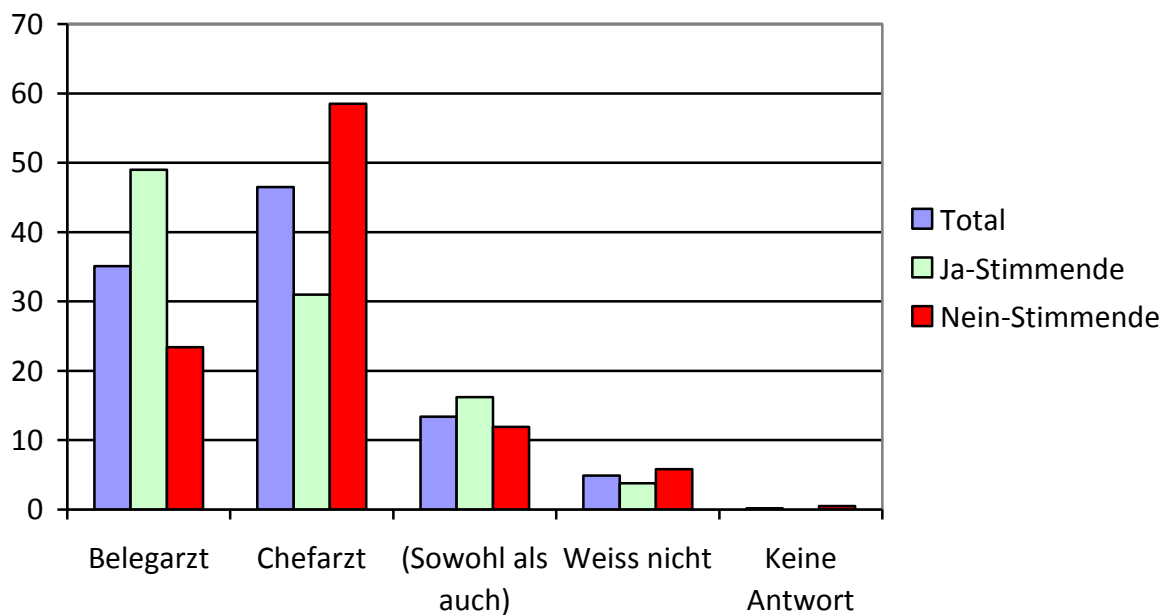
Belegarzt- und Chefarztsystem

Einen grossen Raum in der öffentlichen Diskussion im Vorfeld der Volksabstimmung nahm die Frage des Betriebs des Landesspitals im Belegarzt- oder Chefarztsystem ein. In der Umfrage sollte man die Präferenz für das eine oder andere System angeben. Falls jemand von sich aus für eine Mischform plädierte, wurde dies in einer nicht offensiv angebotenen Kategorie („Sowohl als auch“) festgehalten. (Wenn man diese Option von vornherein angeboten hätte, wäre die Verlockung gross gewesen, diese Kompromissvariante zu wählen.)

Die Meinungen gehen in dieser Frage stark auseinander: 35 Prozent plädieren in der Gegenüberstellung der beiden Systeme für das bestehende Belegarztsystem, 46 Prozent für ein Chefarztsystem. 13 Prozent konnten sich nicht entscheiden und votierten von sich aus für eine Mischform, weitere 5 Prozent äusserten keine bestimmte Meinung.

Zwischen den Zustimmenden und den Ablehnenden zeigen sich deutliche Unterschiede, die die Diskussion im Vorfeld der Volksabstimmung und in der öffentlichen Debatte danach reflektieren. Die Zustimmenden sprechen sich eher für ein Belegarzt- als ein Chefarztsystem aus (49 gegen 31 Prozent), die Ablehnenden dagegen eher für ein Chefarztsystem (58 zu 23 Prozent). Ältere tendieren eher als Jüngere zum Belegarztsystem (40 zu 28 Prozent).

Präferenz für Belegarzt- oder Chefarztsystem



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

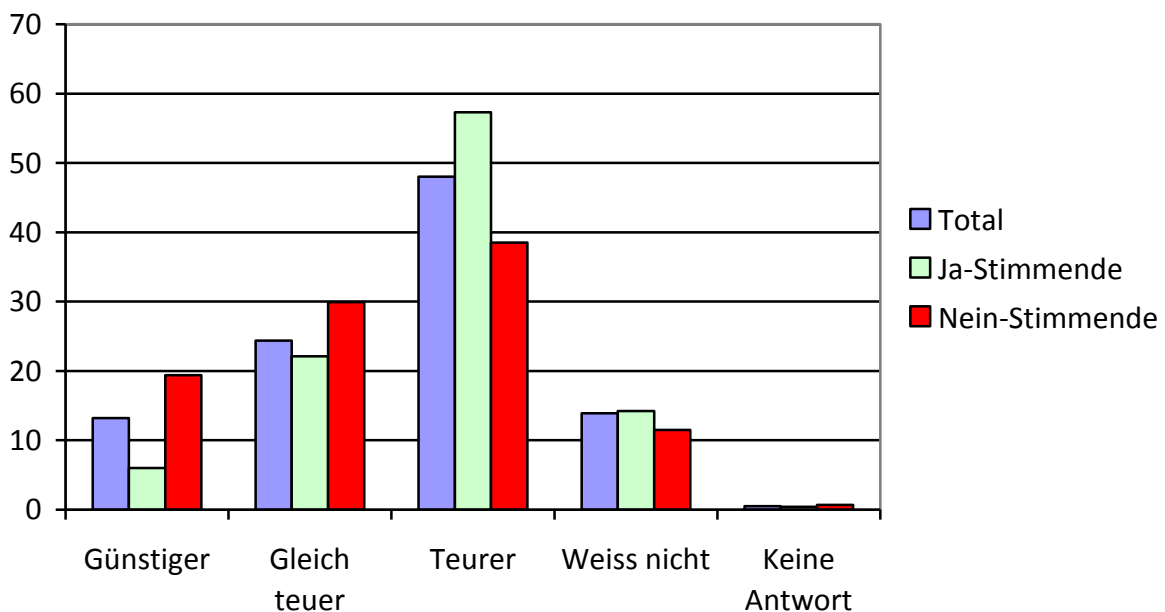
Kosteneffekt eines Chefarztsystems

Die Erwartungen zu den Kostenfolgen eines Chefarztsystems gehen deutlich auseinander, auch wenn insgesamt eher mit einer Kostensteigerung als mit einer Kostensenkung gerechnet wird. Selbstverständlich widerspiegelt das Antwortverhalten lediglich die Meinung der Befragten und sagt nichts darüber aus, ob dies auch tatsächlich eintreffen würde.

Insgesamt erwarten 48 Prozent, dass der Betrieb eines Landesspitals im Chefarztsystem eher teurer würde, 24 Prozent rechnen damit, dass es gleich teuer bleiben würde, 13 Prozent gehen davon aus, dass der Betrieb günstiger würde. Die Zustimmenden (der Volksabstimmung) gehen mit grosser Mehrheit (57 Prozent) davon aus, dass ein Chefarztsystem teurer würde. Unter den Ablehnenden nehmen 38 Prozent an, dass ein Chefarztsystem teurer würde, während 30 Prozent mit gleichen Kosten, 19 Prozent mit geringeren Kosten rechnen.

Wer in der Umfrage eher für ein Belegarztsystem votierte, rechnet zu 80 Prozent mit einer Verteuerung durch ein Chefarztsystem. Wer sich für ein Chefarztsystem aussprach, rechnete nur zu 41 Prozent mit einer Verteuerung, während 19 Prozent von einem günstigeren Betrieb ausgehen.

Erwartete Kostenfolgen eines Chefarztsystems



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

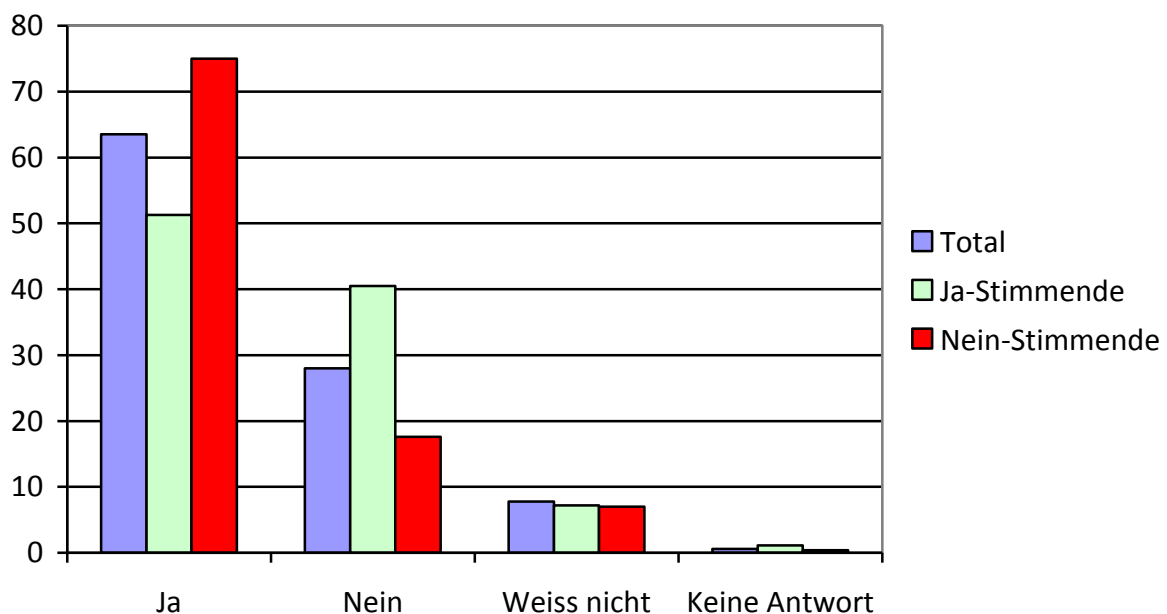
Qualitätsentwicklung mit Chefarztssystem

Es wurde weiters gefragt, ob man glaube, dass ein Chefarztssystem die Qualität der Leistungen des Landesspitals verbessern würde.

Eine Mehrheit von 63 Prozent rechnet in diesem Fall mit einer Qualitätssteigerung, 29 Prozent gehen nicht davon aus. Während die Zustimmenden knapp mehrheitlich (52 Prozent) von einer Qualitätssteigerung ausgehen, rechnen 73 Prozent der Ablehnenden mit einer Qualitätssteigerung durch Chefärzte.

Wer für ein Chefarztssystem ist, rechnet auch deutlich häufiger mit einer Qualitätsverbesserung durch dieses Betriebssystem: 95 Prozent der Anhänger eines Chefarztsystems rechnen mit einer Qualitätsverbesserung, aber nur 31 Prozent der Anhänger eines Belegarzt-systems.

Qualitätsverbesserung durch Chefarztssystem



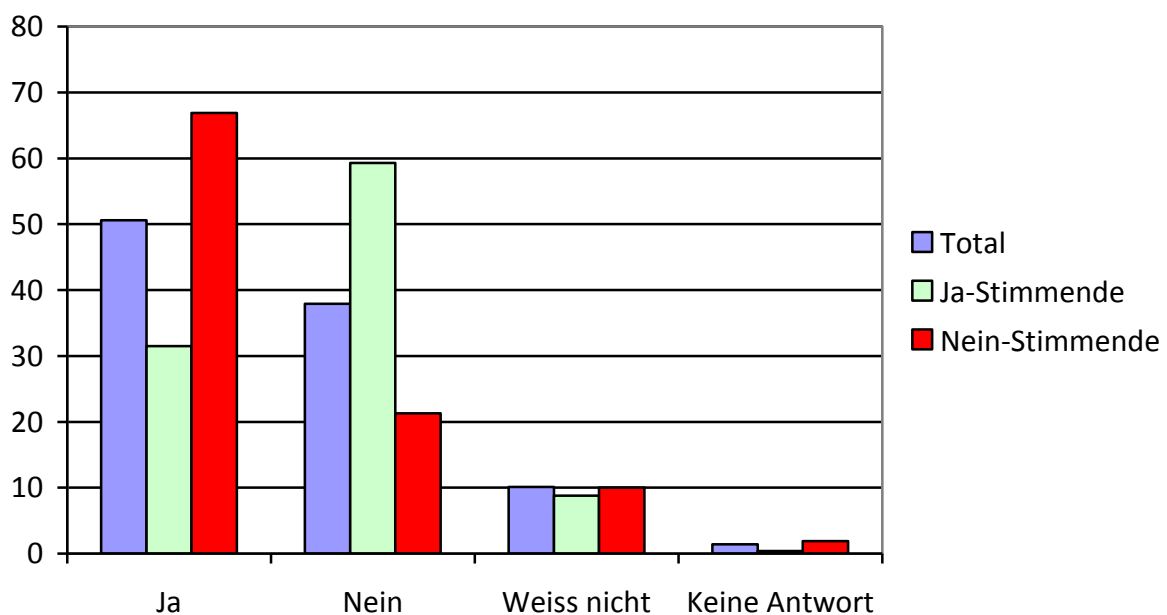
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Belegärzte und Landesspital

In der öffentlichen Debatte im Vorfeld der Volksabstimmung wurde vielfach der Eindruck erweckt, dass die Belegärzte zu stark vom Landesspital profitieren würden.

Insgesamt sind 51 Prozent der Meinung, dass die Belegärzte zu stark vom Landesspital profitieren, während 38 Prozent nicht dieser Meinung sind. Bei der Einschätzung zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen Zustimmenden und Ablehnenden: 31 Prozent der Zustimmenden, aber 67 Prozent der Ablehnenden meinen, dass die Belegärzte zu stark profitieren. Männer stimmen dieser Aussage eher zu als Frauen (57 beziehungsweise 45 Prozent).

Belegärzte profitieren zu stark vom Landesspital



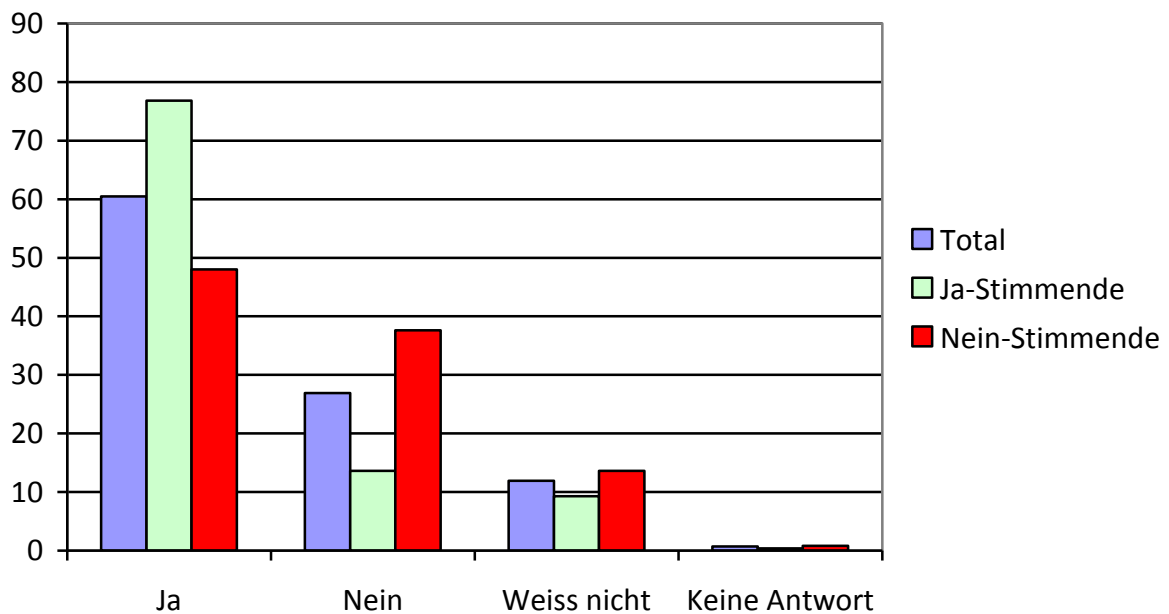
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Landesspital und Belegärzte

In Umkehrung der Frage, ob die Belegärzte vom Landesspital profitieren, wurde auch danach gefragt, ob das Landesspital vom aktuellen Belegarztsystem profitiere.

60 Prozent sind der Meinung, dass das Landesspital vom Belegarztsystem profitiert. Unter den Zustimmenden ist diese Meinung besonders stark verbreitet (77 Prozent), unter den Ablehnenden weniger deutlich (48 Prozent).

Landesspital profitiert von Belegärzten



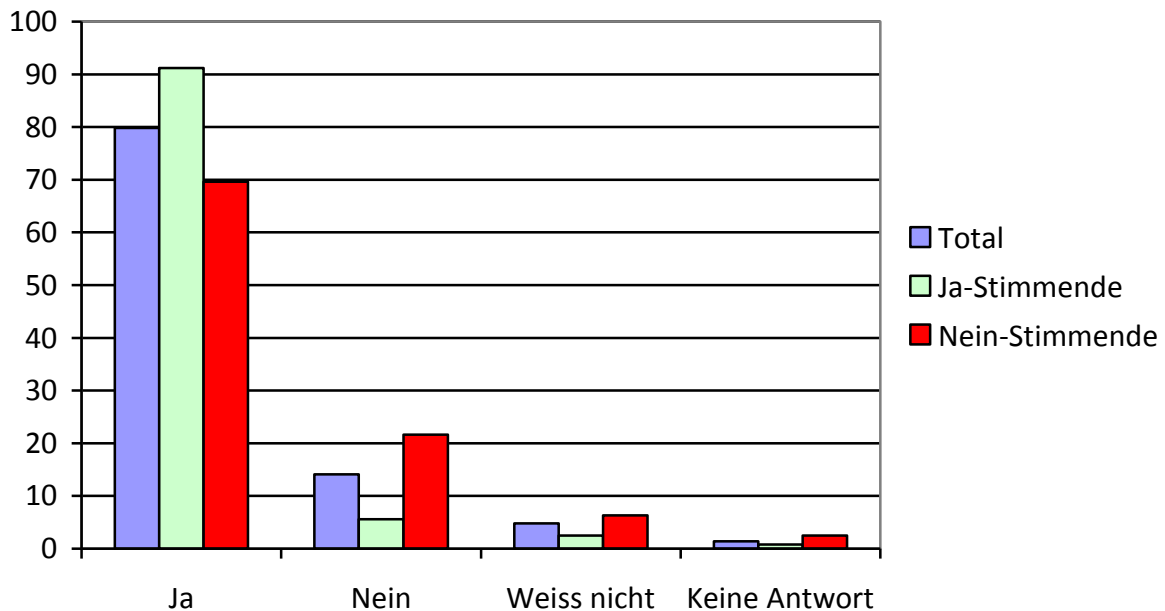
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Zugang der Belegärzte zum Landesspital

Zahlreiche Belegärzte führen im Landesspital Operationen durch. In der öffentlichen Diskussion wurde teilweise kritisiert, dass die Belegärzte zu stark vom Landesspital profitieren, da sie dort günstige Bedingungen vorfinden. Patienten könnten an Spitäler im Ausland überwiesen werden, allenfalls könnten die Belegärzte auch Einrichtungen im Ausland anstatt im Landesspital für ihre Operationen benutzen.

Eine deutliche Mehrheit von 80 Prozent möchte den Belegärzten den Zugang zum Landesspital nicht verweigern. Besonders deutlich wird diese Ansicht von den Zustimmenden (91 Prozent) vertreten, aber auch bei den Ablehnenden findet sich noch eine klare Mehrheit von 70 Prozent.

Zugang von Belegärzten zum Landesspital



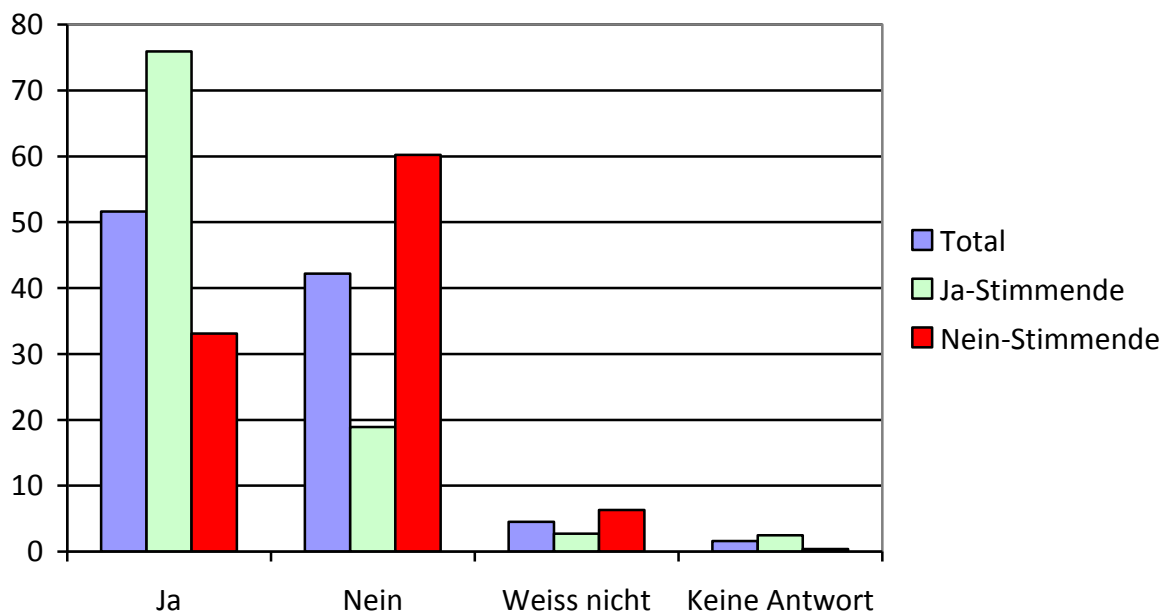
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Vertrauen in die Qualifikation von Belegärzten

Ein weiterer Kritikpunkt am Belegarztssystem betraf die Qualifikation der Belegärzte und die Qualität der Leistungen. Diesbezüglich wurde die Frage gestellt, ob man Vertrauen in die Qualifikation der Belegärzte habe oder ob man diesbezüglich skeptisch sei.

Insgesamt 52 Prozent gaben an, dass sie Vertrauen hätten, 42 Prozent zeigten sich skeptisch. Wieder zeigt sich eine grosse Diskrepanz zwischen den Zustimmungsenden und Ablehnenden: 76 Prozent der Zustimmungsenden haben Vertrauen, aber nur 33 Prozent der Ablehnenden. 60 Prozent der Ablehnenden sind dagegen skeptisch.

Vertrauen in Qualifikation von Belegärzten



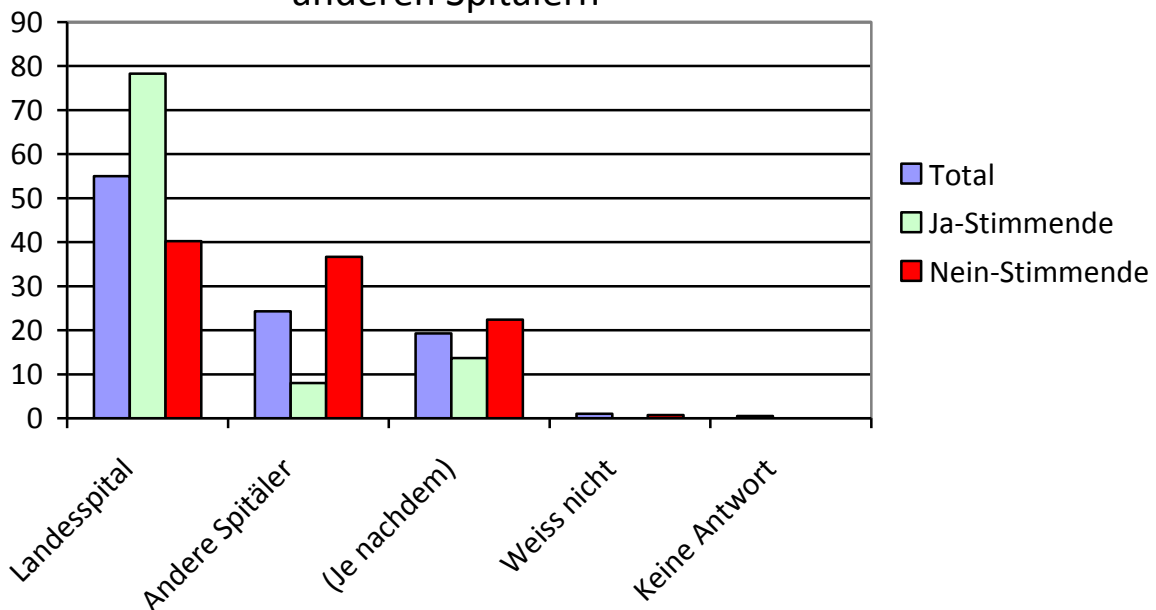
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Operationen durch Belegärzte

In der folgenden Frage wurde erhoben, ob Belegärzte im Landesspital weiterhin Operationen durchführen sollten, oder ob es besser wäre, dass Patienten an Spitälern und Kliniken im Ausland überwiesen werden. Diese beiden Optionen wurden in der Frage vorgestellt. Wenn jemand in der Befragung differenzierter argumentierte, wurde eine weitere, verborgene Kategorie gewählt („Je nachdem/Unter bestimmten Voraussetzungen/Kommt darauf an“). Diese Antwortmöglichkeit wurde aber nicht von vornherein angeboten, um ein vorschnelles Ausweichen auf diese Option zu verhindern.

55 Prozent sprechen sich für Operationen durch Belegärzte am Landesspital aus, 24 Prozent plädieren für eine Überweisung ins Ausland. Von den Zustimmenden werden die Belegärzte stärker unterstützt (78 Prozent aller Zustimmenden) als von den Ablehnenden (40 Prozent aller Ablehnenden). Obwohl die Option „Je nachdem“ nicht offensiv angeboten wurde, argumentierten 19 Prozent in diese Richtung.

Operationen durch Belegärzte im Landesspital oder in anderen Spitälern



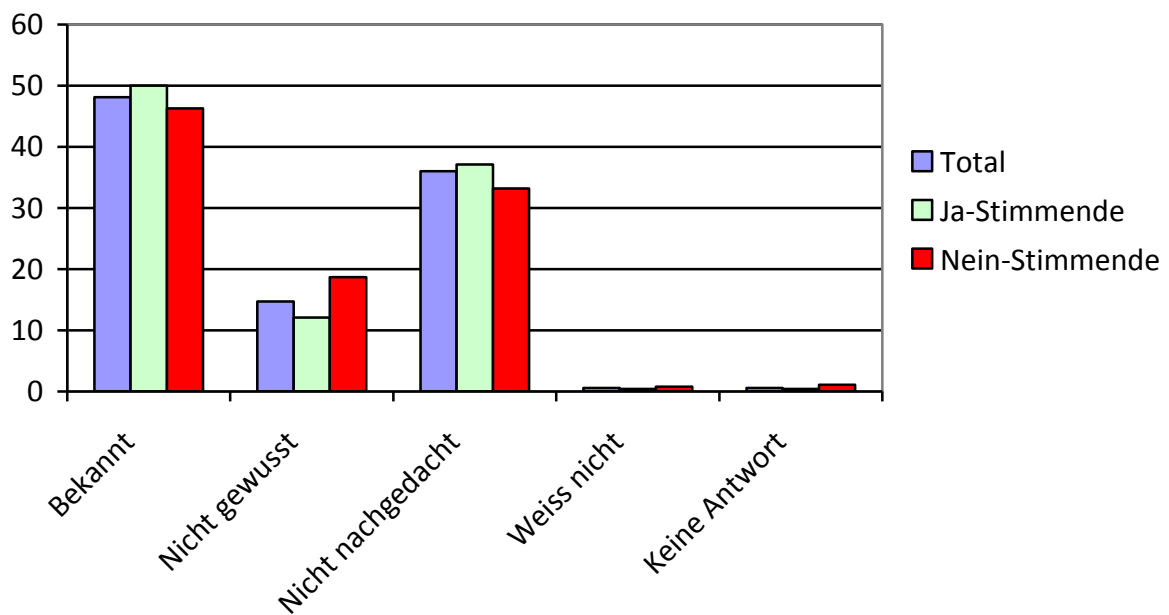
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Wissen über Qualifikation von Belegärzten

Mit einer Wissensfrage wurde erhoben, ob den Befragten bekannt ist, dass die Belegärzte am Landesspital ausgebildete Fachärzte mit langjähriger Berufserfahrung in anderen Spitälern sind.

Insgesamt gaben 48 Prozent der Befragten an, dass sie das wissen. 15 Prozent wussten es nicht, 36 Prozent haben nie darüber nachgedacht. Es muss allerdings kritisch notiert werden, dass bei solchen Fragen eine Tendenz besteht, ein Wissen zu deklarieren, selbst wenn dies nicht der Fall ist. Das Antwortverhalten der Zustimmenden und Ablehnenden unterscheidet sich nicht signifikant.

Wissen über Qualifikation von Belegärzten



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

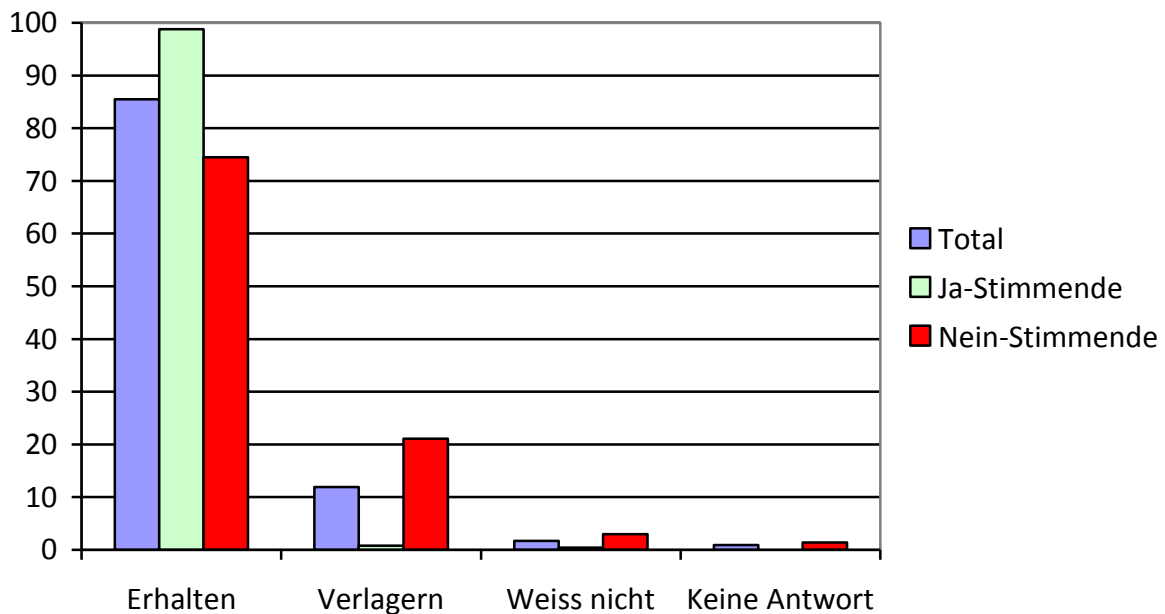
Arbeitsplätze, Steuern, Investitionen

Arbeitsplätze

Im Landesspital sind rund 160 Personen beschäftigt. Die Befürworter des Neubaus argumentierten vor der Volksabstimmung unter anderem mit dem Erhalt dieser Arbeitsplätze. Nach dem Nein an der Urne verstärkte sich die Unsicherheit der Betroffenen über die Zukunft des Landesspitals und die Arbeitsplätze. Anlässlich der Landtagssitzung vom 24. November 2011 machte ein Teil des Spitalpersonals mit einer Manifestation auf die Situation aufmerksam.

Insgesamt plädieren 85 Prozent für den Erhalt der Arbeitsplätze am Landesspital. 12 Prozent finden, diese könnten ebenso gut in die umliegenden Spitäler verlagert werden. Besonders deutlich ist das Bekenntnis zu den Arbeitsplätzen in Liechtenstein bei den Zustimmenden (99%), aber auch bei den Ablehnenden noch sehr ausgeprägt (74%).

Bedeutung des Erhalts von Arbeitsplätzen

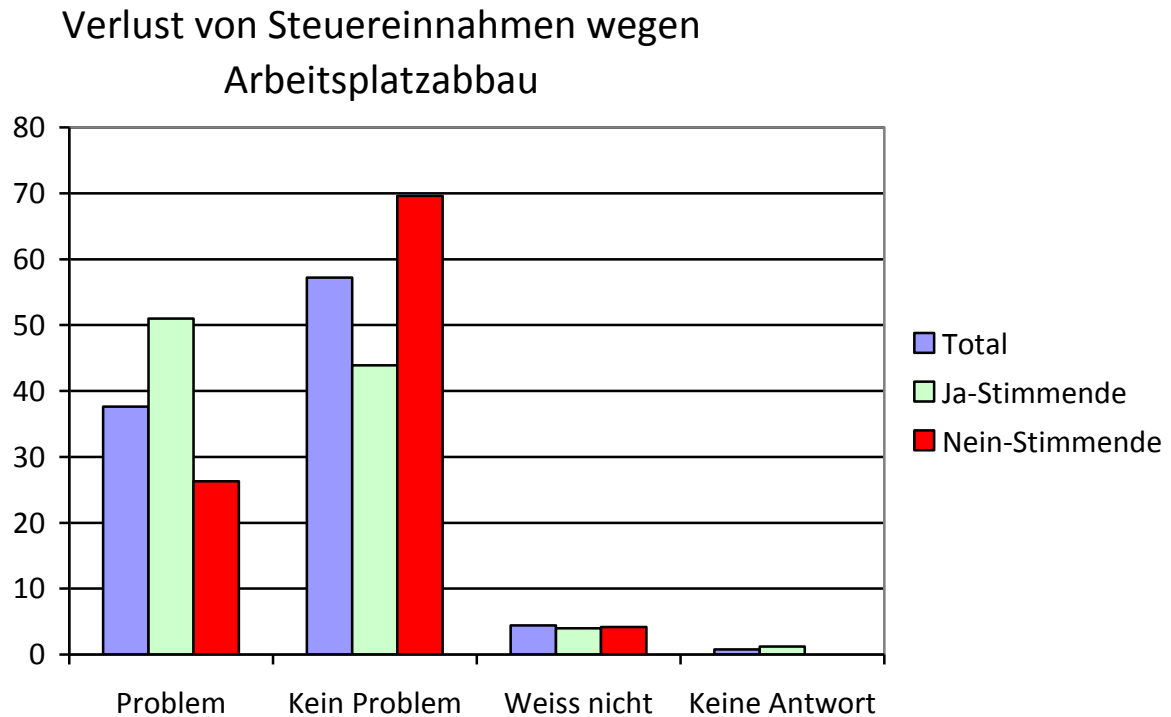


Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Verlust von Steuereinnahmen

Ein Arbeitsplatzabbau und ein Ende des Landesspitals könnten auch zu Steuerausfällen führen. Hierzu wurde die Frage gestellt, ob man darin ein Problem sieht oder nicht.

Nur eine Minderheit von 38 Prozent sieht darin ein Problem, während 57 Prozent kein Problem sehen. Die Zustimmungen sehen eher ein Problem (51 Prozent) als die Ablehnenden (26 Prozent).



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Investitionskosten von 83 Millionen Franken

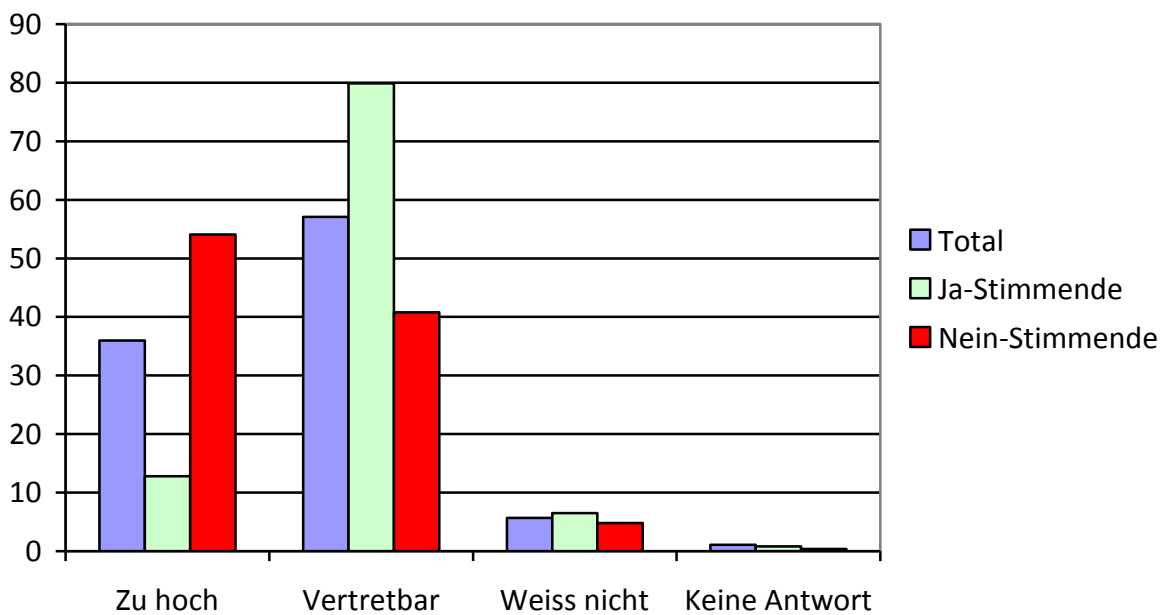
Einer der wichtigsten Diskussionspunkte im Vorfeld der Volksabstimmung waren die projektierten Kosten von 83 Millionen Franken. Dies war der Betrag, der mit dem Verpflichtungskredit gesprochen werden sollte.

Insgesamt findet eine Mehrheit von 57 Prozent die Kosten vertretbar, während sie 36 Prozent als zu hoch erachten.

Dem Argument der hohen Kosten folgten vor allem die Ablehnenden: 54 Prozent erachten die Kosten von 83 Millionen Franken als zu hoch, 41 Prozent finden sie vertretbar. Bei den Zustimmungenden findet eine grosse Mehrheit von 80 Prozent die Kosten vertretbar, 13 Prozent finden sie zu hoch.

Jüngere im Alter von 18 bis 35 Jahren finden die Kosten eher zu hoch (43 Prozent) als die Älteren über 56 Jahre (29 Prozent).

Haltung zu Investitionskosten von 83 Mio Franken



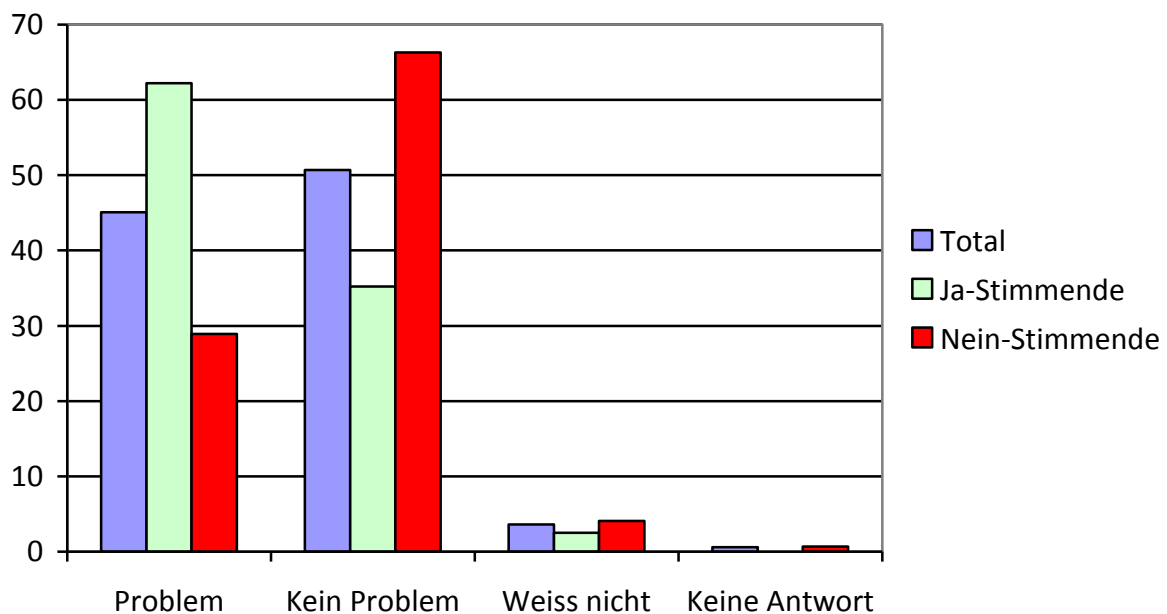
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Investitionen im Ausland

Unter der Annahme, dass das Landesspital nicht weiter betriebe würde und Liechtenstein sich den Spitälern im Ausland anschliessen würde, müssten eventuell auch Investitionskosten im Ausland mitgetragen werden. Dazu wurde gefragt, ob man dies als problematisch ansehen würde oder nicht.

51 Prozent sehen darin kein Problem, 45 Prozent erachten dies als problematisch. Wiederum unterscheiden sich die Zustimmungen und die Ablehnenden deutlich: 62 Prozent der Zustimmungen sehen ein Problem, wenn Investitionsgelder ins Ausland abfliessen, 66 Prozent der Ablehnenden sehen darin kein Problem.

Haltung zu Investitionsabfluss ins Ausland



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Leistungsangebot

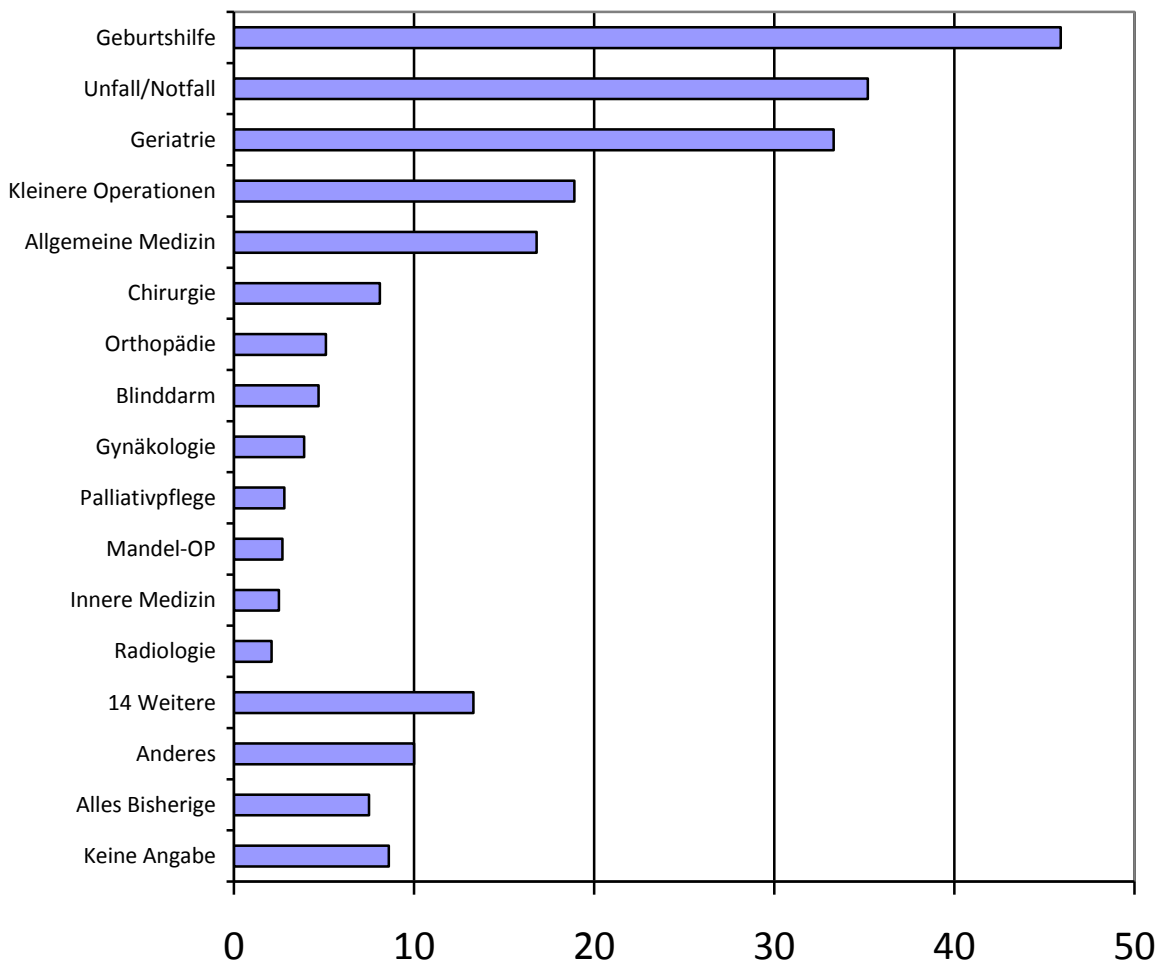
Beanspruchung von Leistungen im Landesspital

Die Frage über Leistungen, die man persönlich im Landesspital in Anspruch nehmen möchte, wurde offen gestellt. Die Antworten wurden nachträglich zu Kategorien zusammengefasst. Mehrfachnennungen waren möglich.

An oberster Stelle auf der Prioritätenliste steht die Geburtshilfe (46 Prozent nennen dies), gefolgt von Leistungen bei Unfall und Notfall (35 Prozent) und Geriatrie (33 Prozent). Weitere Angebote rangieren deutlich dahinter.

9 Prozent haben keine konkrete Vorstellung (Keine Angabe).

Erwünschte medizinische Leistungen im Landesspital (Mehrfachnennungen)



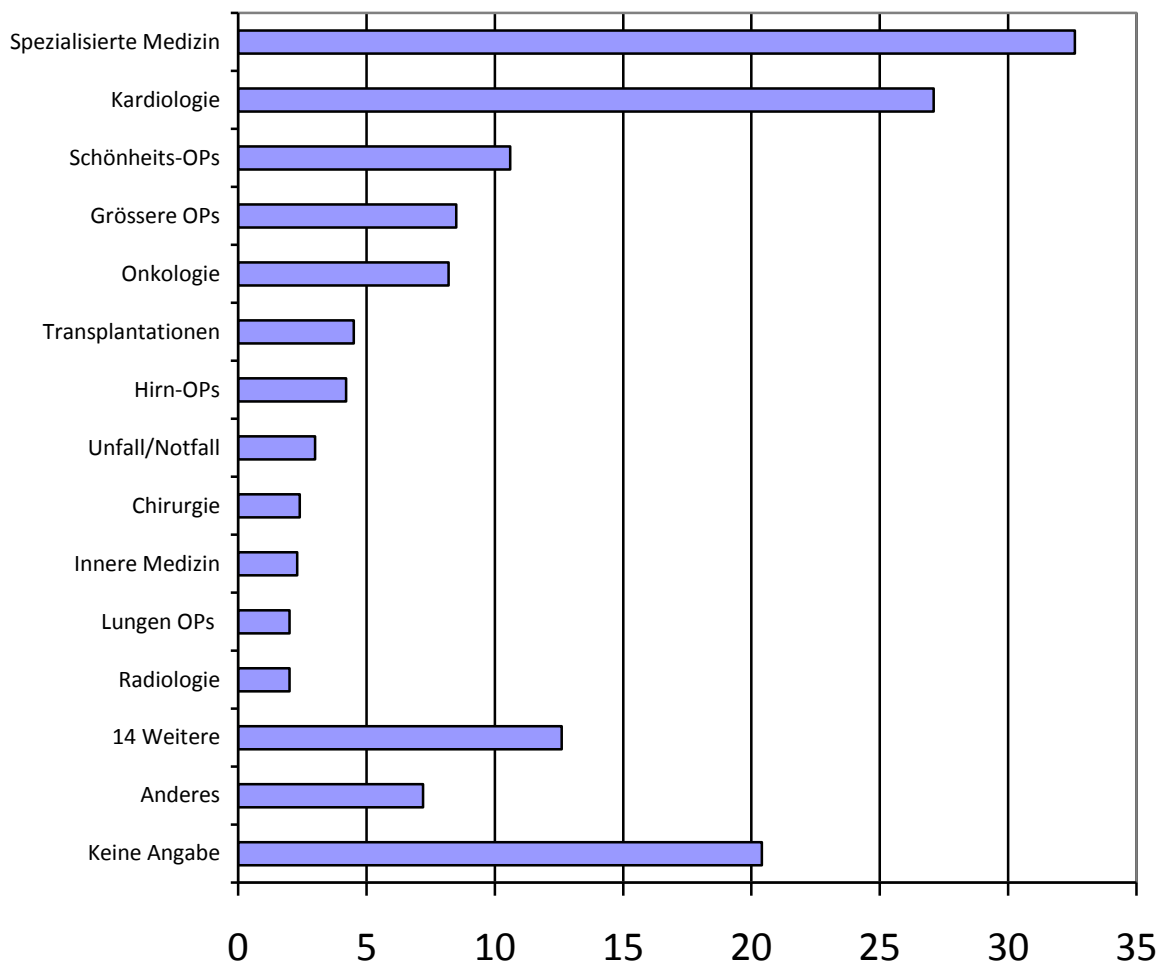
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Nicht erwünschte medizinische Leistungen im Landesspital

In Ergänzung zur Frage über die erwünschten Leistungen am Landesspital wurde die Frage gestellt, welche Leistungen im Landesspital nicht angeboten werden sollten. Mehrfachnennungen waren möglich.

Die meisten Nennungen (33 Prozent) gingen dahin, dass spezialisierte Leistungen nicht angeboten werden sollten, ohne dass dies konkreter bestimmt wird. Auch die Kardiologie wird von vielen abgelehnt (27 Prozent). 11 Prozent finden Schönheitsoperationen im Landesspital überflüssig. Viele weitere Leistungen, die im Landesspital nicht angeboten werden sollen, werden jeweils von weniger als 10 Prozent der Befragten genannt. 20 Prozent machen keine Angaben.

Nicht erwünschte medizinische Leistungen im Landesspital (Mehrfachnennungen)



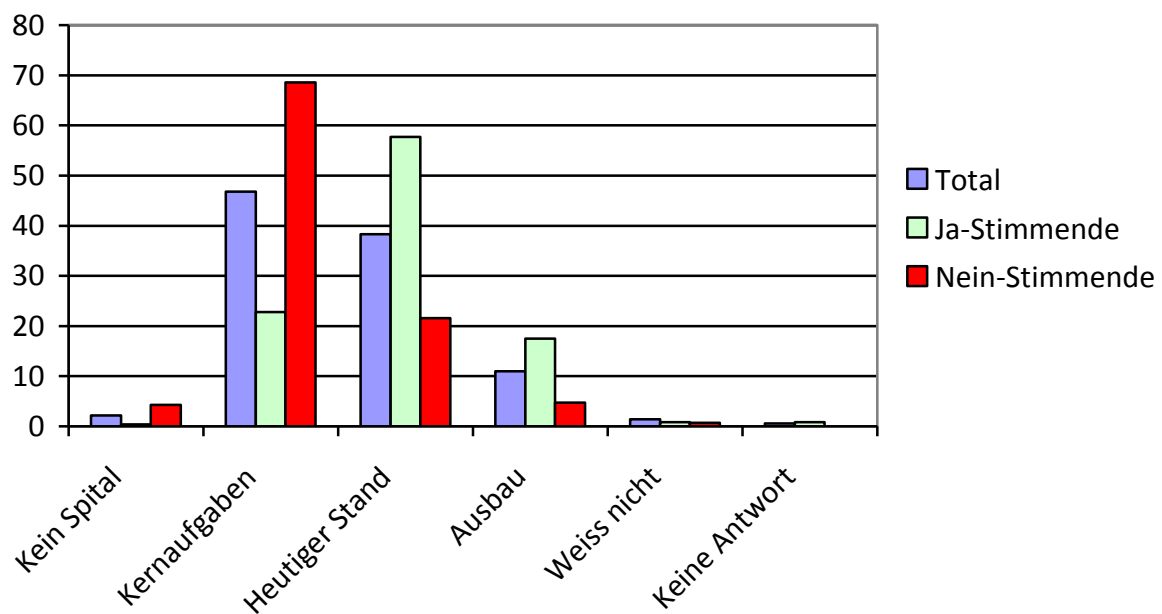
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Entwicklung des Landesspitals

In der folgenden Frage wurde erhoben, welcher Aus- oder Abbau von Leistungen für das Landesspital am besten wäre: Überhaupt kein Landesspital mehr, ein Landesspital reduziert auf Kernaufgaben wie Gynäkologie, Geburtshilfe, Geriatrie und Notfallmedizin, ein Landesspital mit dem heutigen Angebot, also auch chirurgischen Tätigkeiten, oder ein Ausbau des Leistungsangebotes.

Der Grossteil der Befragten votierte für ein Landesspital mit Kernaufgaben (47 Prozent) oder ein Landesspital mit dem derzeitigen Angebot (38 Prozent). 11 Prozent sprechen sich für einen Ausbau aus, nur sehr wenige für eine Auflösung des Landesspitals (2 Prozent). Die Ablehnenden votieren deutlich für eine Reduktion auf Kernaufgaben (69 Prozent), die Zustimmungen für das heutige Leistungsangebot (58 Prozent). Ältere tendieren eher als die Jüngeren zu einem Ausbau der Leistungen.

Entwicklung des Landesspitals



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

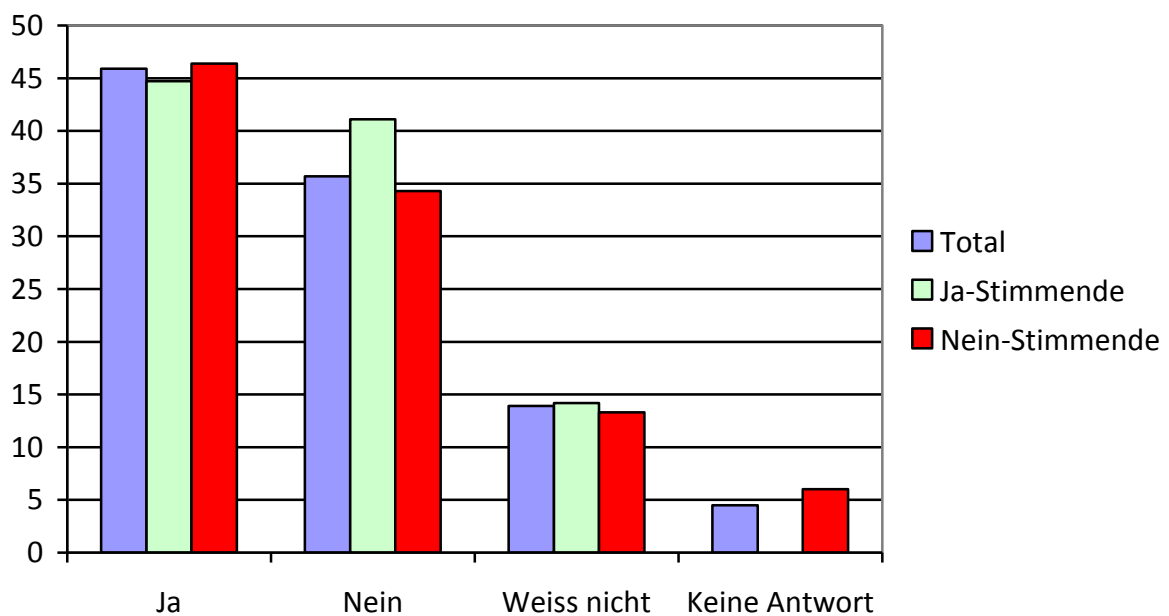
Leistungsabbau bei gewinnbringenden Angeboten

FILTER: Die folgende Frage wurde nur denjenigen gestellt, die für einen Abbau der Leistungen am Landesspital plädierten (= 299 Befragte).

Die Frage lautete, ob ein Leistungsabbau auch bei Angeboten erfolgen sollte, die gewinnbringend sind.

46 Prozent sprachen sich für einen bedingungslosen Abbau aus. 36 Prozent würden einen Abbau von gewinnbringenden Leistungen nicht vornehmen.

Leistungsabbau bei gewinnbringenden Angeboten



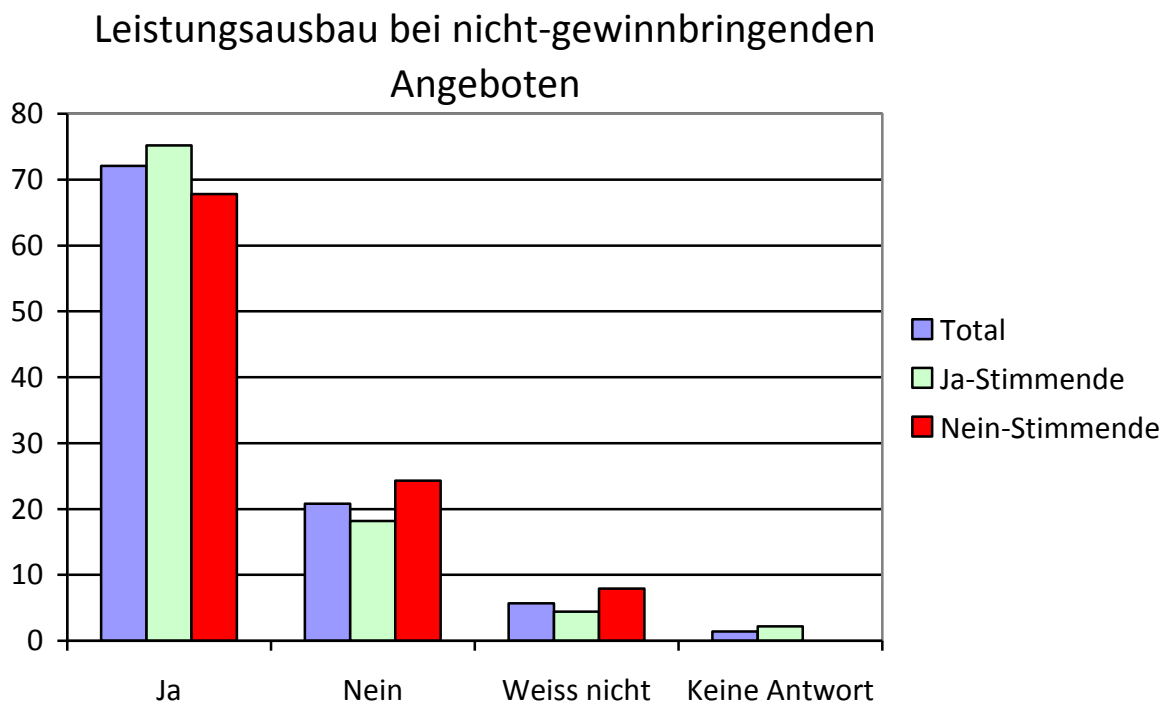
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Leistungsausbau bei nicht gewinnbringenden Angeboten

FILTER: Die folgende Frage wurde nur denjenigen gestellt, die für einen Ausbau der Leistungen am Landesspital plädierten (= 67 Befragte).

Die Frage lautete, ob ein Leistungsausbau auch bei Angeboten erfolgen sollte, die nicht gewinnbringend sind.

72 Prozent votierten für einen bedingungslosen Ausbau, 21 Prozent dagegen. Es muss darauf hingewiesen werden, dass es sich bei diesem Segment nur um eine sehr kleine Anzahl von 67 der 613 Befragten handelt, die überhaupt für einen Ausbau plädierten und denen diese Frage gestellt wurde.



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Kooperation, Koordination

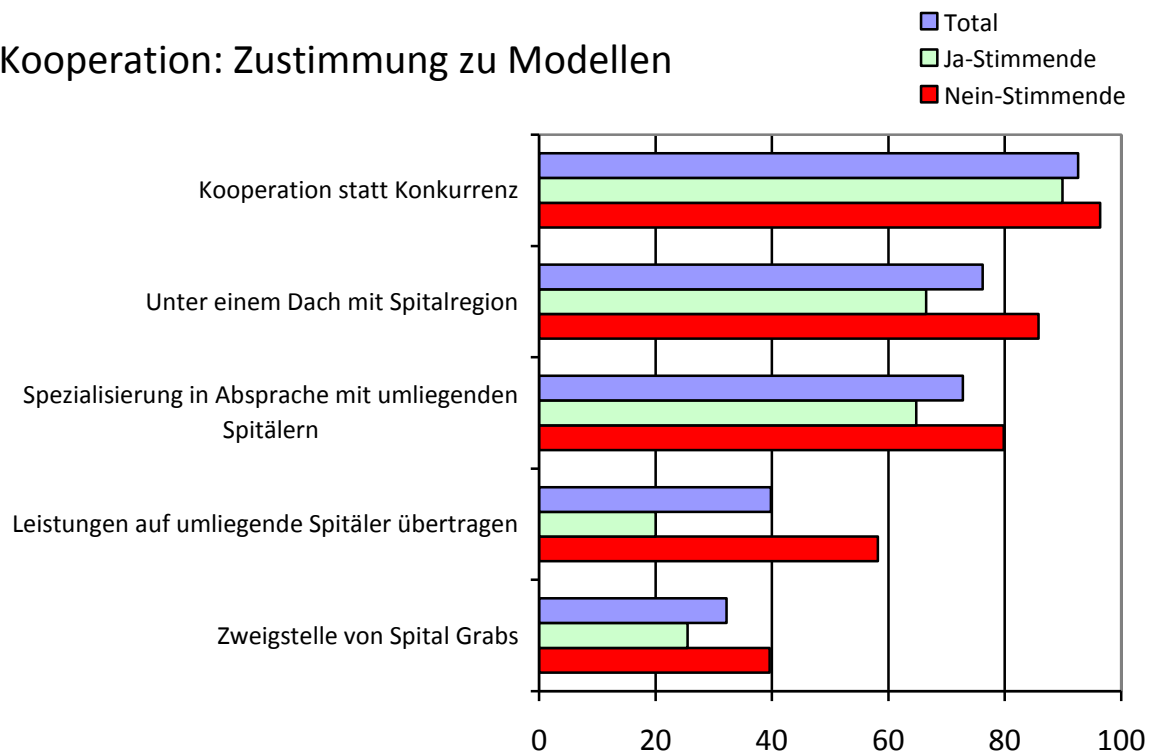
Kooperation mit umliegenden Spitälern

Im Vorfeld der Volksabstimmung wurde von Seiten der Gegner der Vorlage stark damit argumentiert, dass die Spitalangebote in der Region besser koordiniert werden müssten und die Spitäler enger kooperieren sollten. In der Umfrage wurden einzelne Argumente aus diesem Themenkomplex abgefragt. Anhand von vordefinierten möglichen Formen der Zusammenarbeit wurde gefragt, welche man sich als Kooperationsmodell vorstellen könnte.

An erster Stelle wird genannt, dass das Landesspital nicht in Konkurrenz zur Spitalregion Rheintal/Werdenberg/Sarganserland auftreten soll, sondern die Angebote abgestimmt werden sollten (93 Prozent). An zweiter Stelle folgt die Option, das Landesspital unter einem Dach mit der Spitalregion zu führen (76 Prozent). Es folgt die Empfehlung, sich zu spezialisieren und dafür andere Bereiche abzubauen (73 Prozent). Keine mehrheitliche Zustimmung findet die Empfehlung, vermehrt Leistungen abzubauen und auf umliegende Spitäler zu verteilen (40 Prozent) oder das Landesspital als Zweigstelle des Spitals Grabs zu führen (32 Prozent).

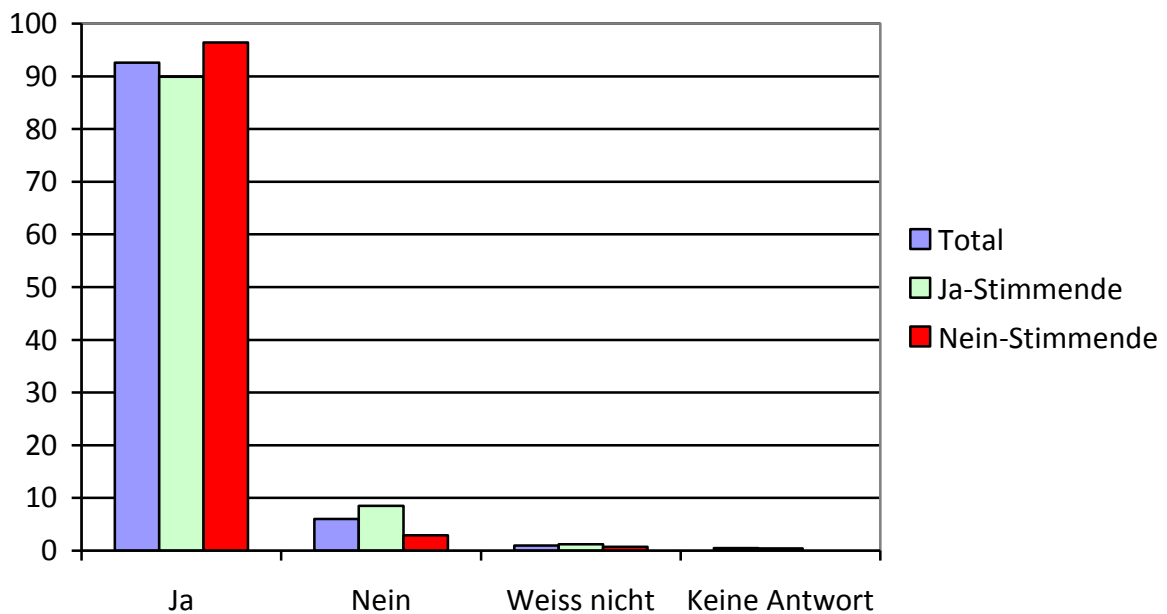
Die Ablehnenden stimmen allen Empfehlungen stärker zu als die Zustimmungenden. Am grössten ist die Abweichung bei der Forderung nach Leistungsabbau und Verlagerung ins Ausland (58 Prozent der Ablehnenden, 20 Prozent der Zustimmungenden). Meist betragen die Differenzen 15 bis 20 Prozentpunkte. Am geringsten sind die Unterschiede bei der Empfehlung, die Angebote regional abzustimmen statt in Konkurrenz zu treten (96 Prozent der Ablehnenden zu 90 Prozent der Zustimmungenden).

Kooperation: Zustimmung zu Modellen



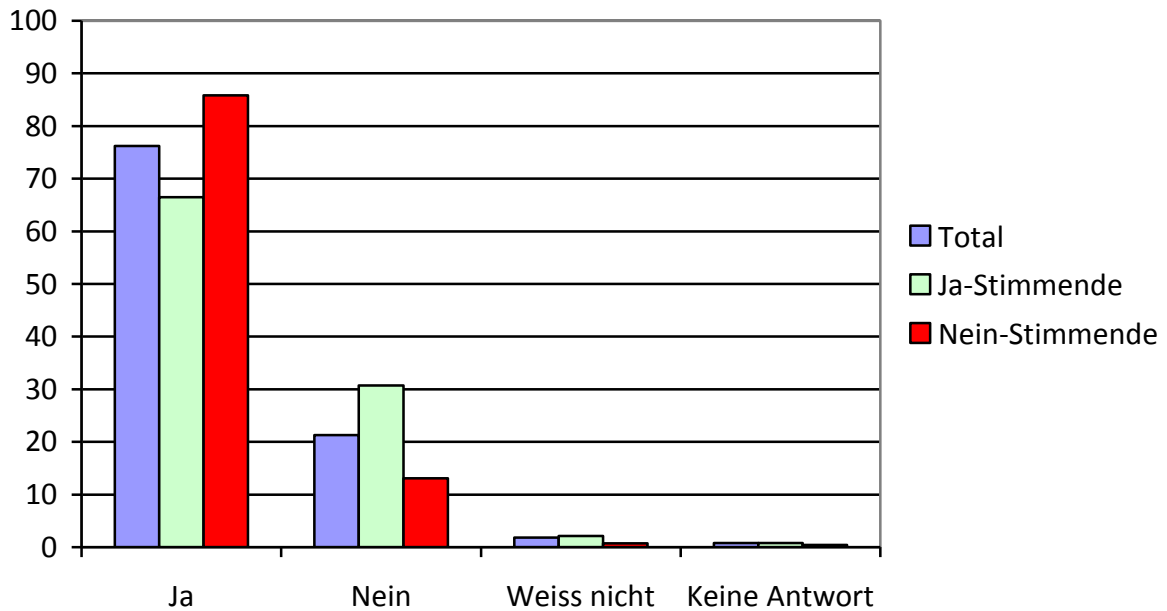
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Keine Konkurrenz, Angebote in Region abstimmen



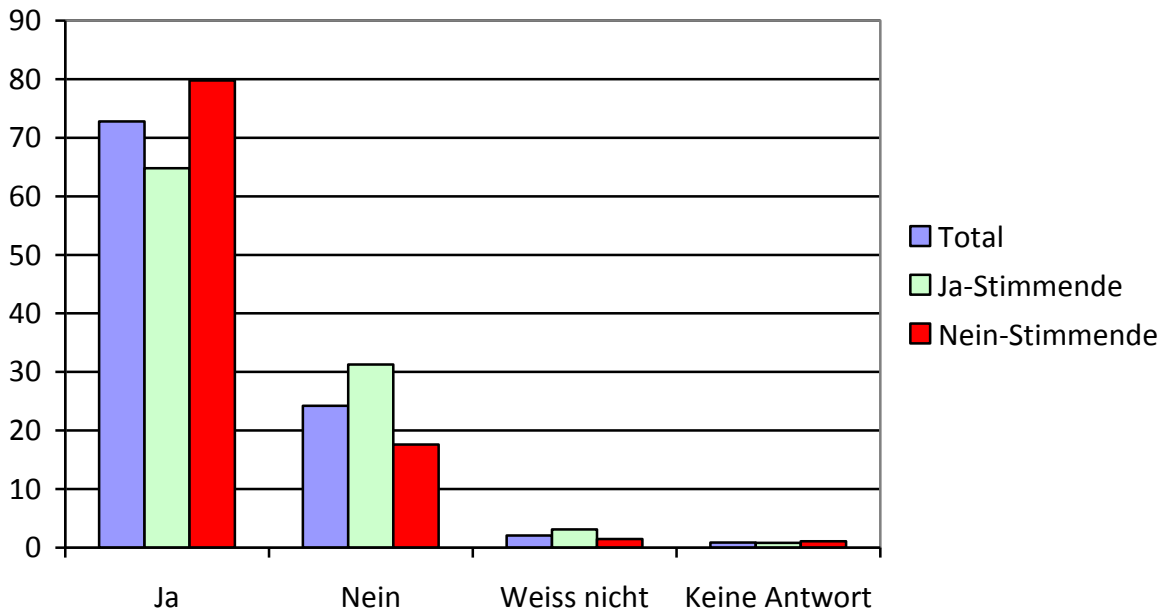
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Landesspital unter einem Dach mit Spitalregion



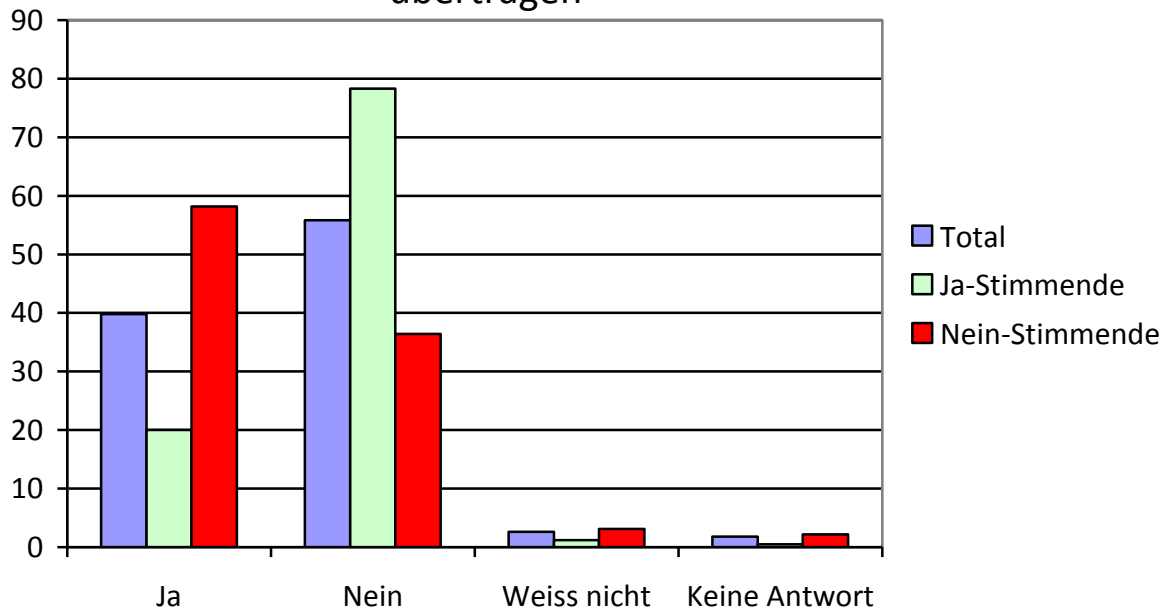
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Spezialgebiete aufbauen, andere Bereiche abbauen



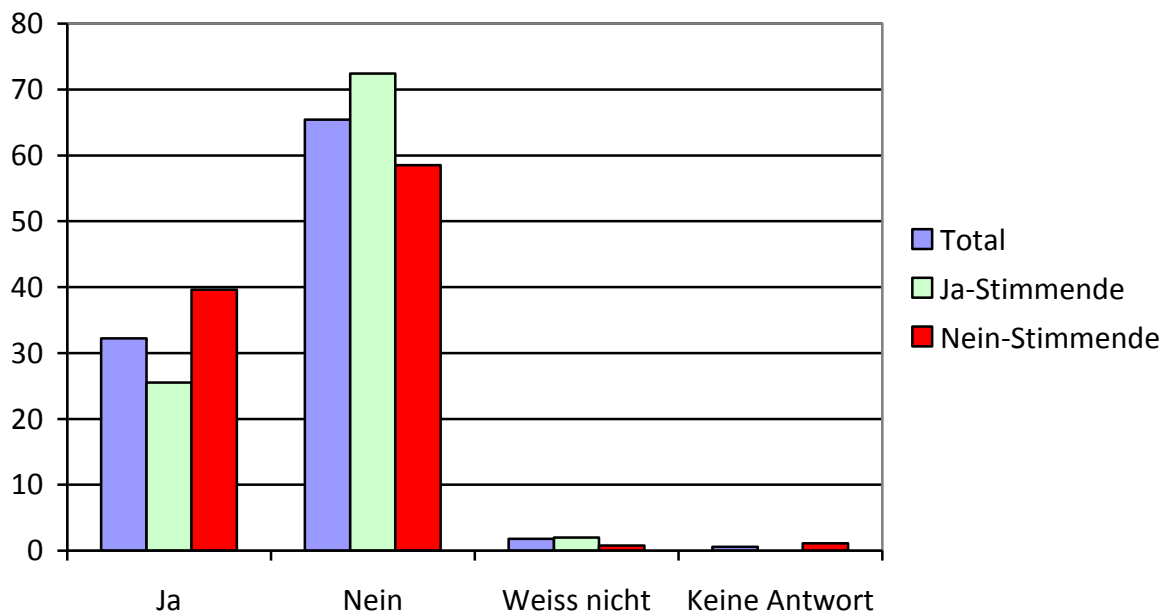
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Leistungen abbauen und auf umliegende Spitäler übertragen



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Landesspital als Zweigstelle des Spitals Grabs



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Zustimmung zu Argumenten

In einem weiteren Fragenkomplex wurden einzelne Aussagen getestet. Dabei wurden teilweise auch Fragen in neuer Formulierung und in einem anderen Fragenkontext als Kontrollfragen wiederholt. Die weiter oben ausgeführten Resultate werden durchwegs bestätigt. In der nachfolgenden Grafik ist jeweils der Anteil derjenigen erfasst, die dem Argument zustimmen.

Die grösste Zustimmung findet die Aussage, dass Liechtenstein ein eigenes Landesspital braucht (86 Prozent). Fast gleich starke Zustimmung gibt es für eine verbesserte Koordination in der Region (84 Prozent) und für eine Notfallversorgung in Liechtenstein (84 Prozent).

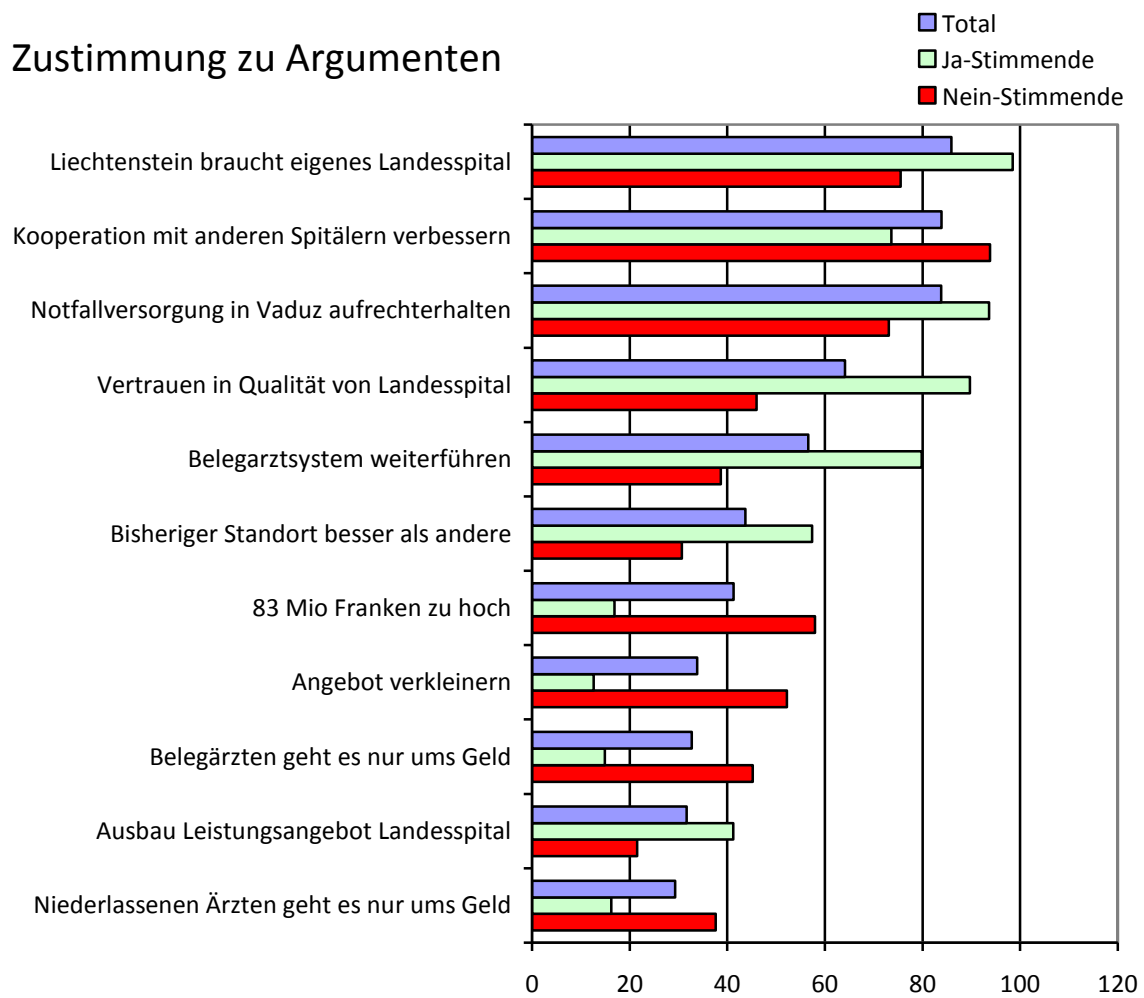
Klar mehrheitlich wird auch Vertrauen in die Qualität der Leistungen im Landesspital ausgedrückt (64 Prozent) sowie Zustimmung für die Weiterführung des Belegarztsystems (57 Prozent), wobei hieraus keine Absage an Chefärzte abgeleitet werden kann.

Deutlich weniger als die Hälfte der Befragten findet, dass die Kosten von 83 Millionen Franken für einen Spitalneubau zu hoch seien (41 Prozent) und dass der Standort in Vaduz besser sei als andere Standorte (44 Prozent), wobei kein konkreter anderer Standort als Alternative abgefragt wurde. Frauen finden den bestehenden Standort besser als Männer (49 Prozent Zustimmung gegenüber 38 Prozent bei den Männern).

Nur jeweils rund ein Drittel der Befragten meinten, dass das Leistungsangebot verkleinert werden sollte (34 Prozent) oder dass das Angebot ausgebaut werden sollte (32 Prozent), dass es den Belegärzten nur ums Geld gehe (33 Prozent) oder dass es den niedergelassenen Ärzten nur ums Geld gehe (29 Prozent).

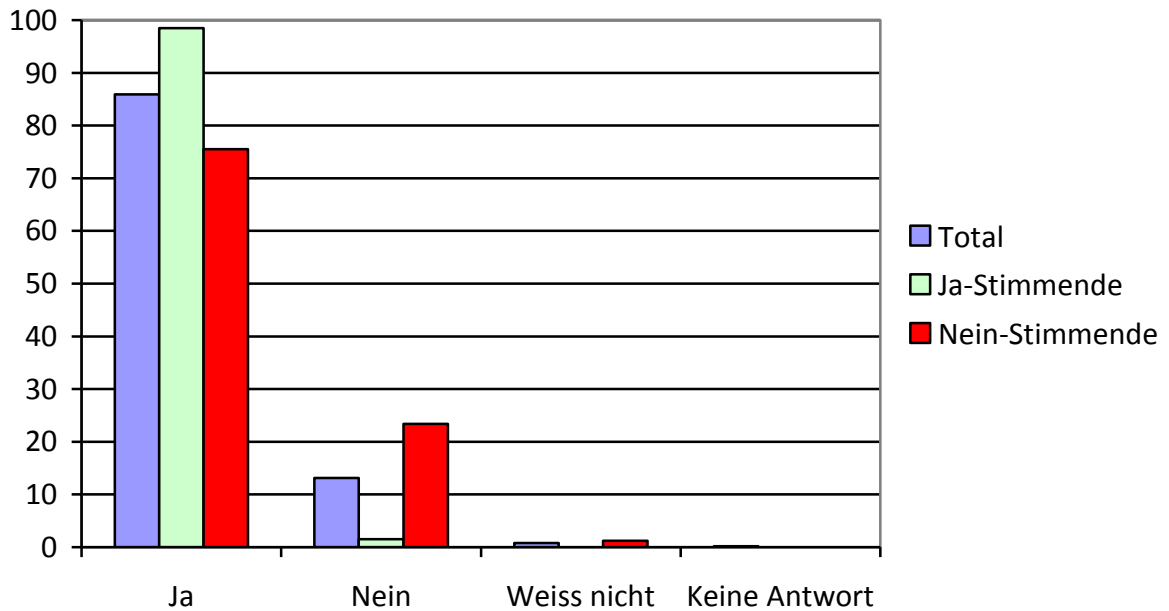
Zwischen Zustimmenden und Ablehnenden zeigen sich deutliche Differenzen. Es bestätigt sich, dass die Zustimmenden positiver gegenüber einem eigenen Landesspital, der Qualität der Leistungen im Landesspital, dem Belegarztsystem und einem breiten Leistungsangebot eingestellt sind. Die Ablehnenden votieren stärker für eine engere Kooperation mit anderen Spitälern, finden die veranschlagten Kosten zu hoch, den bestehenden Standort weniger geeignet, tendieren eher zu einer Verkleinerung der Angebote im Landesspital und haben eine weniger positive Meinung von den Ärzten.

Zustimmung zu Argumenten



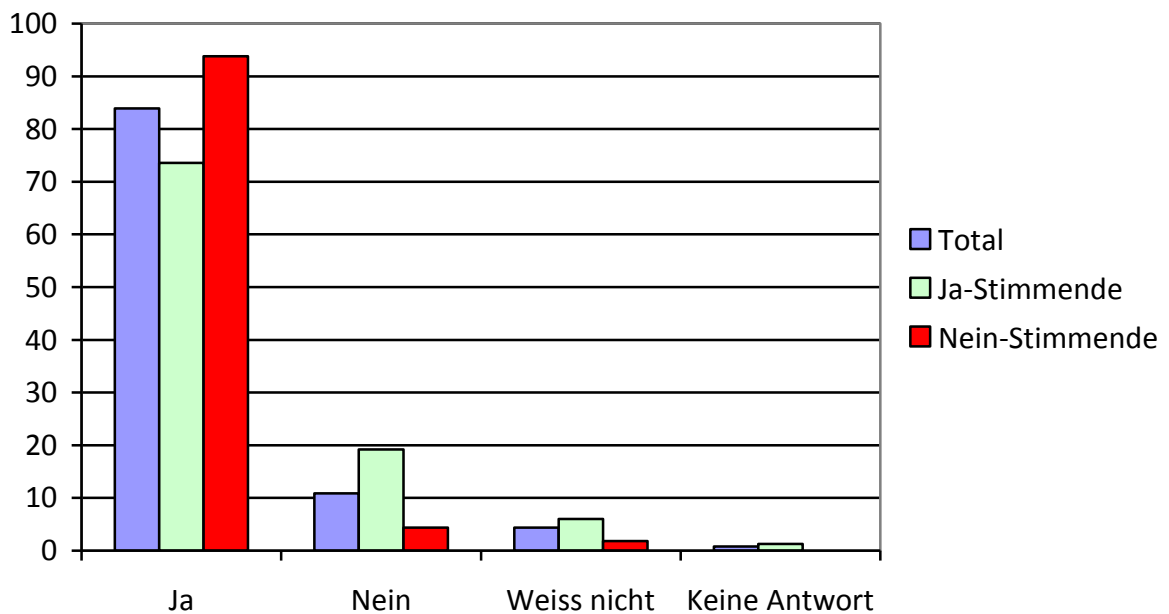
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Liechtenstein braucht eigenes Landesspital



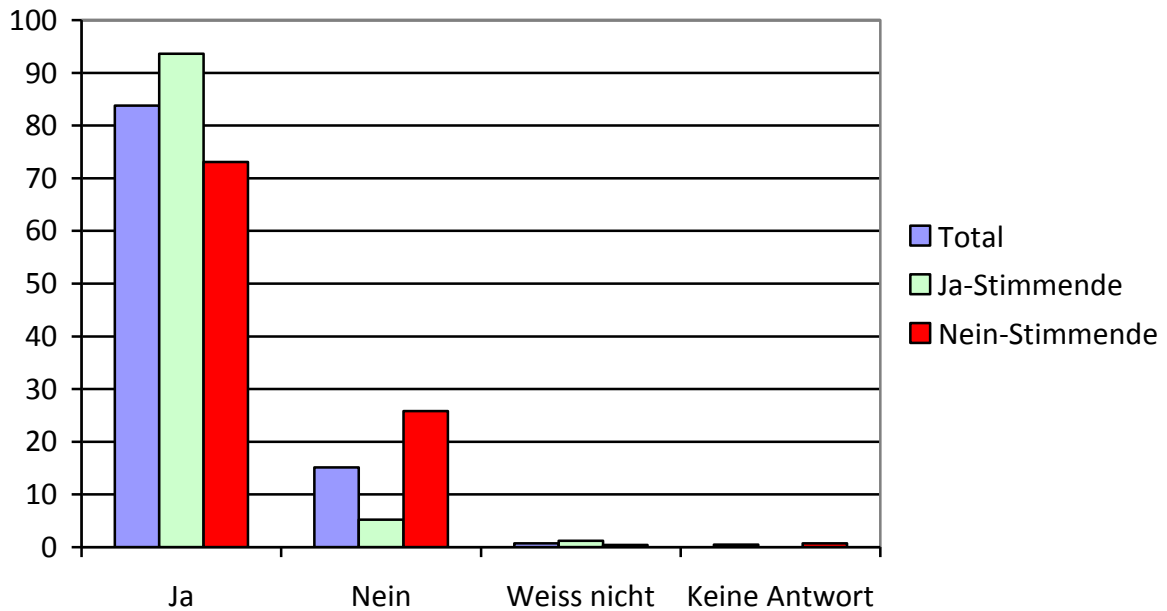
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Kooperation muss verbessert werden



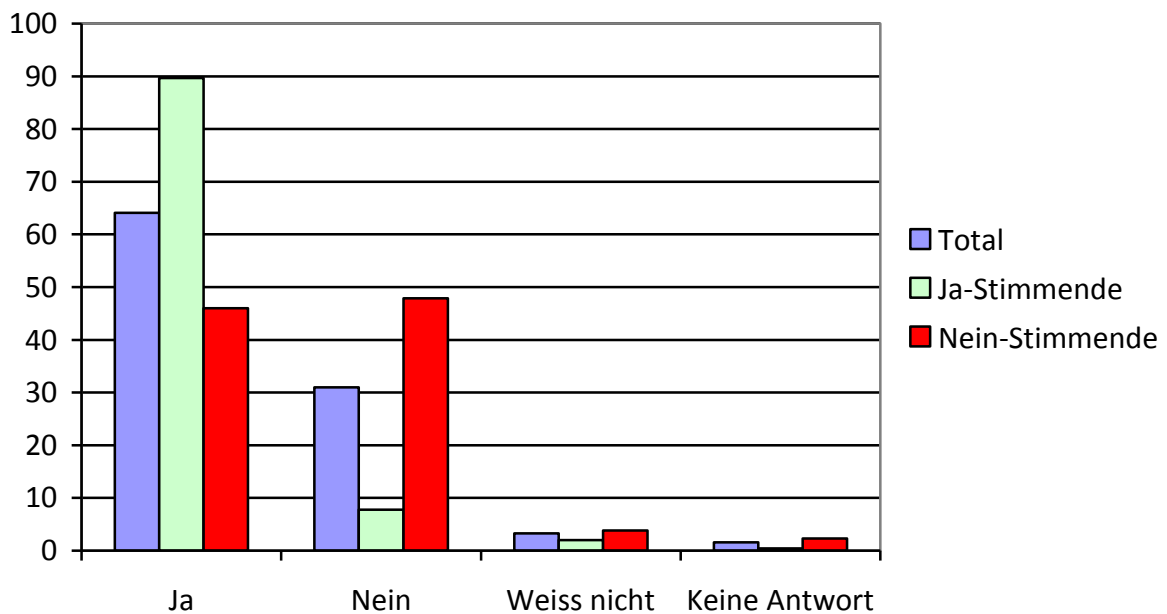
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Eigenständige Notfallversorgung aufrecht erhalten



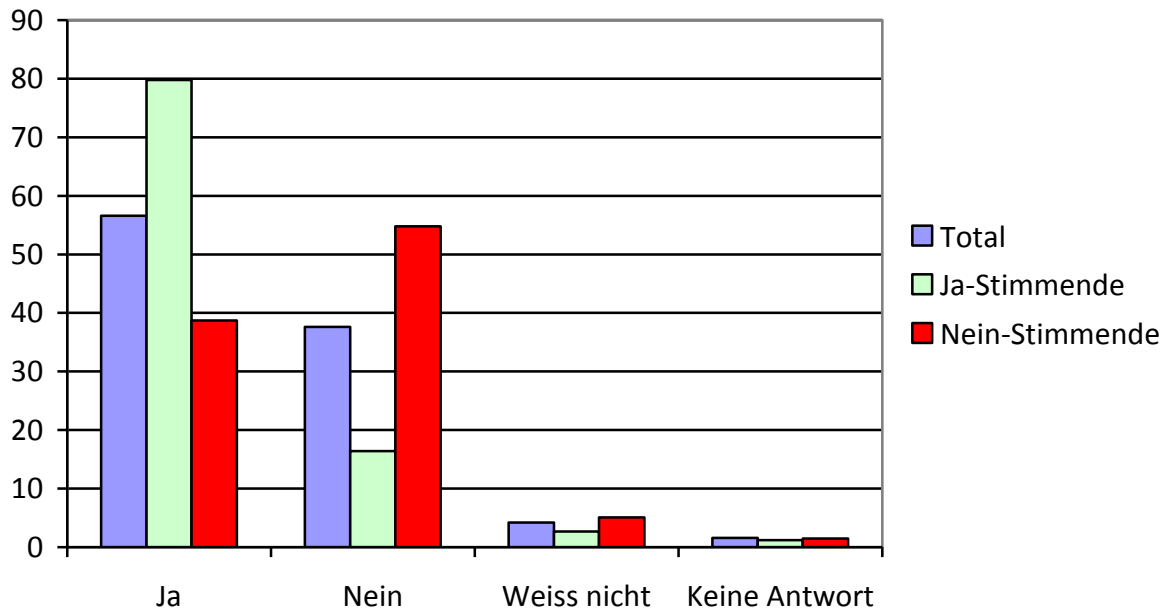
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Vertrauen in Qualität des Landesspitals



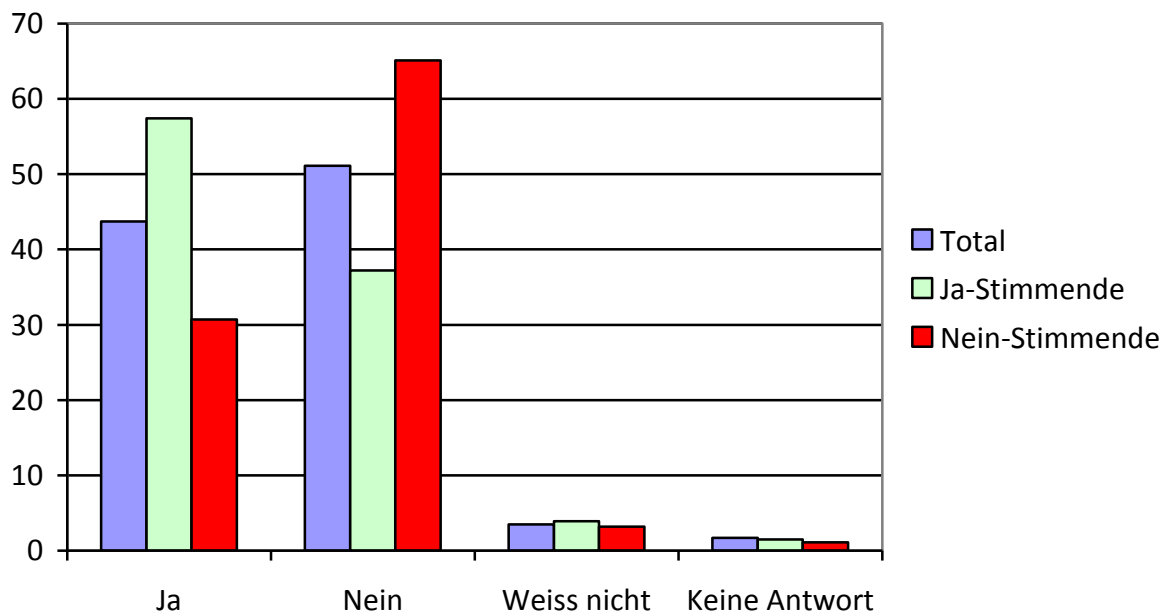
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Belegarztsystem weiterführen



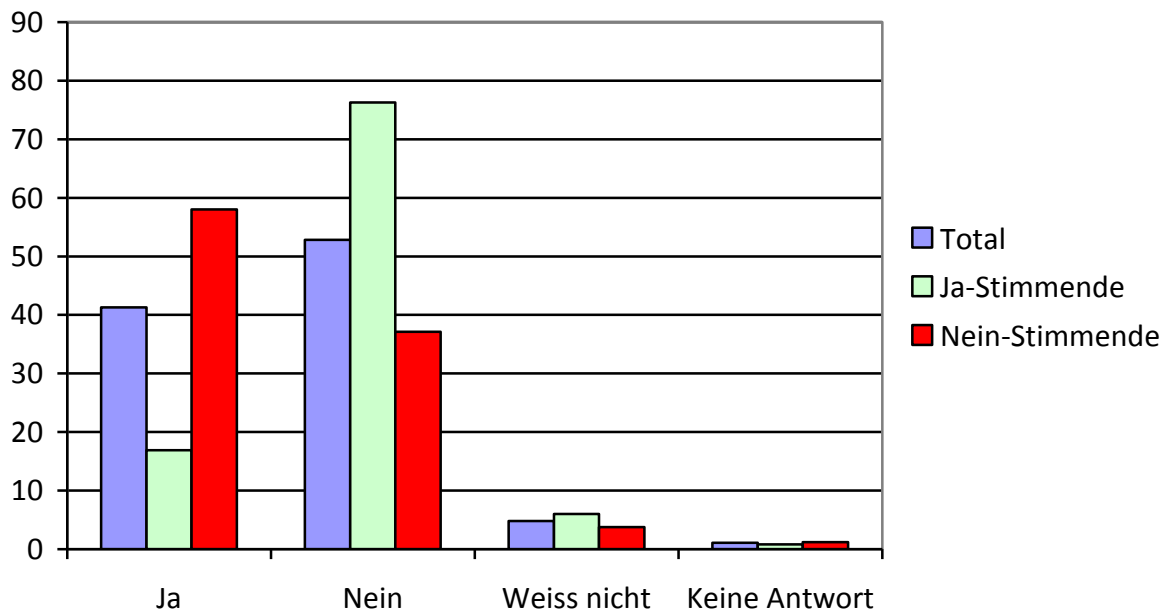
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Vaduz besser als andere Standorte



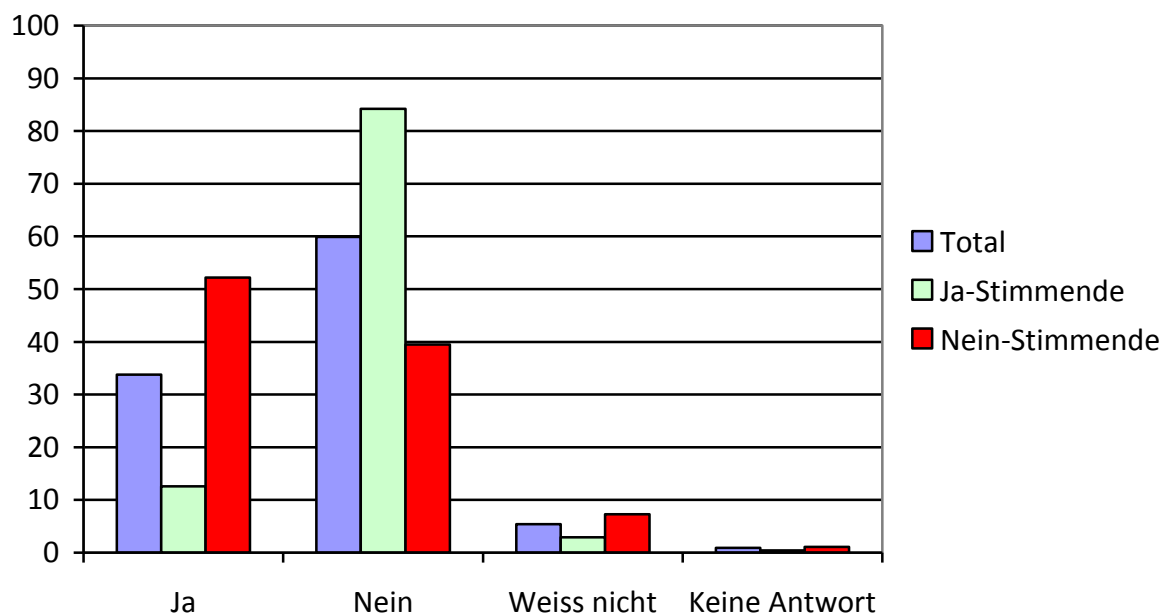
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Kosten für neues Landesspital zu hoch



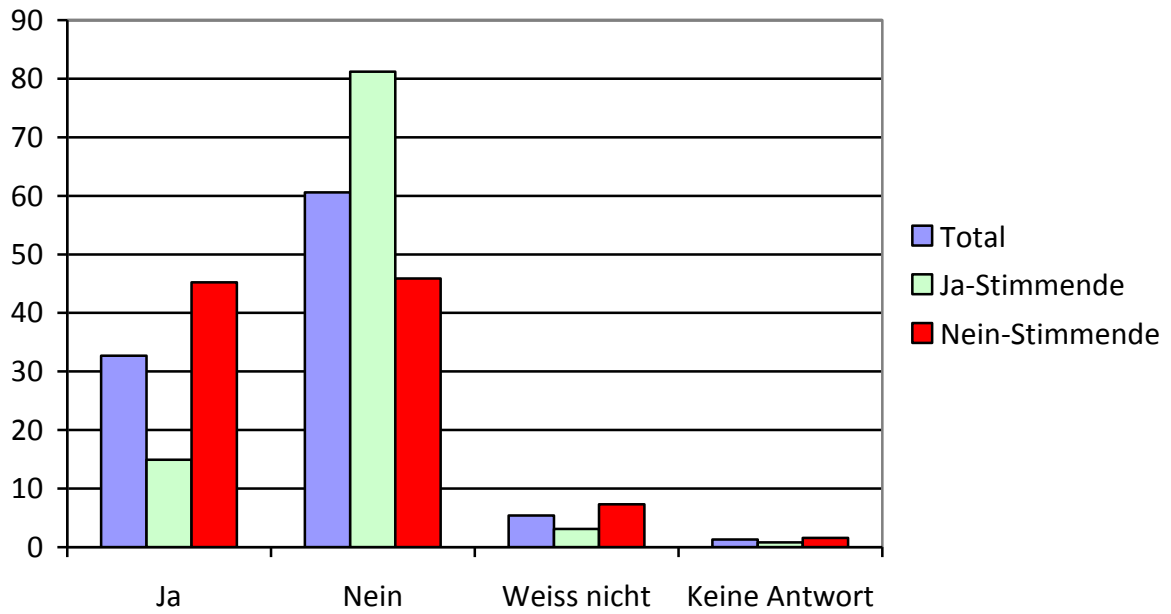
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Leistungsangebot verkleinern



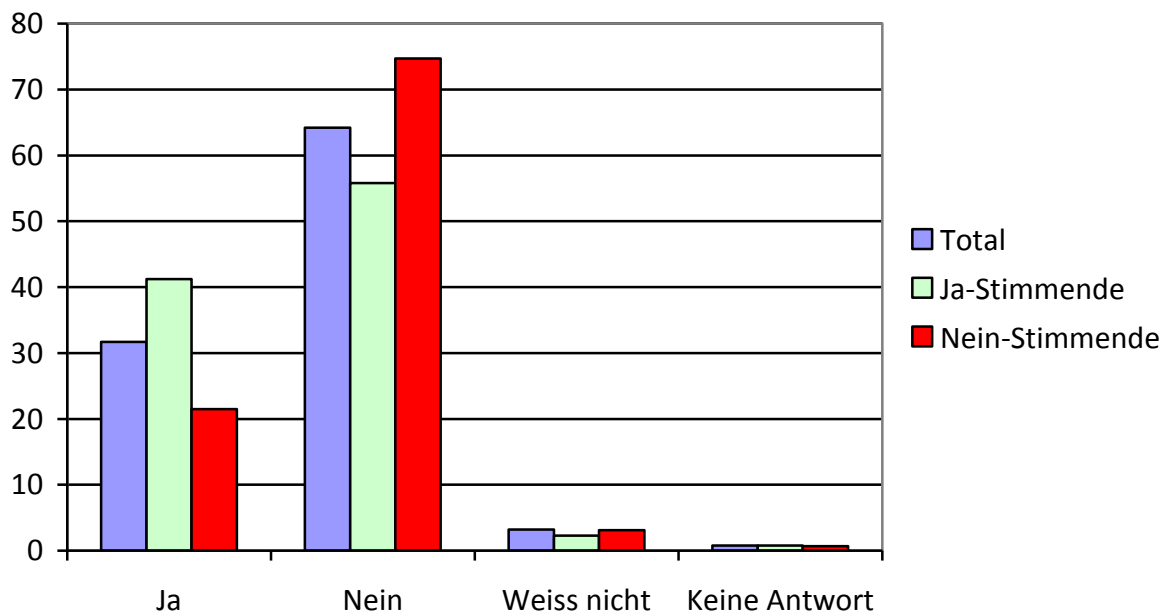
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Belegärzten geht es nur ums Geld



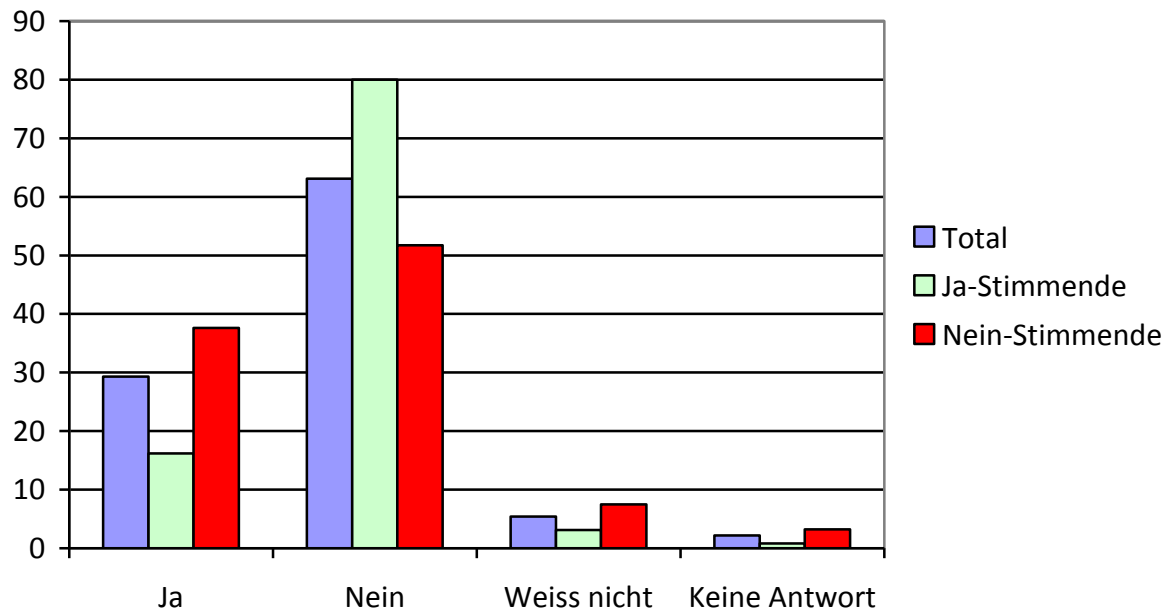
Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Angebot soll ausgebaut werden



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Niedergelassenen Ärzten geht es nur ums Geld



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).

Motive bei der Volksabstimmung

Gründe für die Ablehnung des Verpflichtungskredites

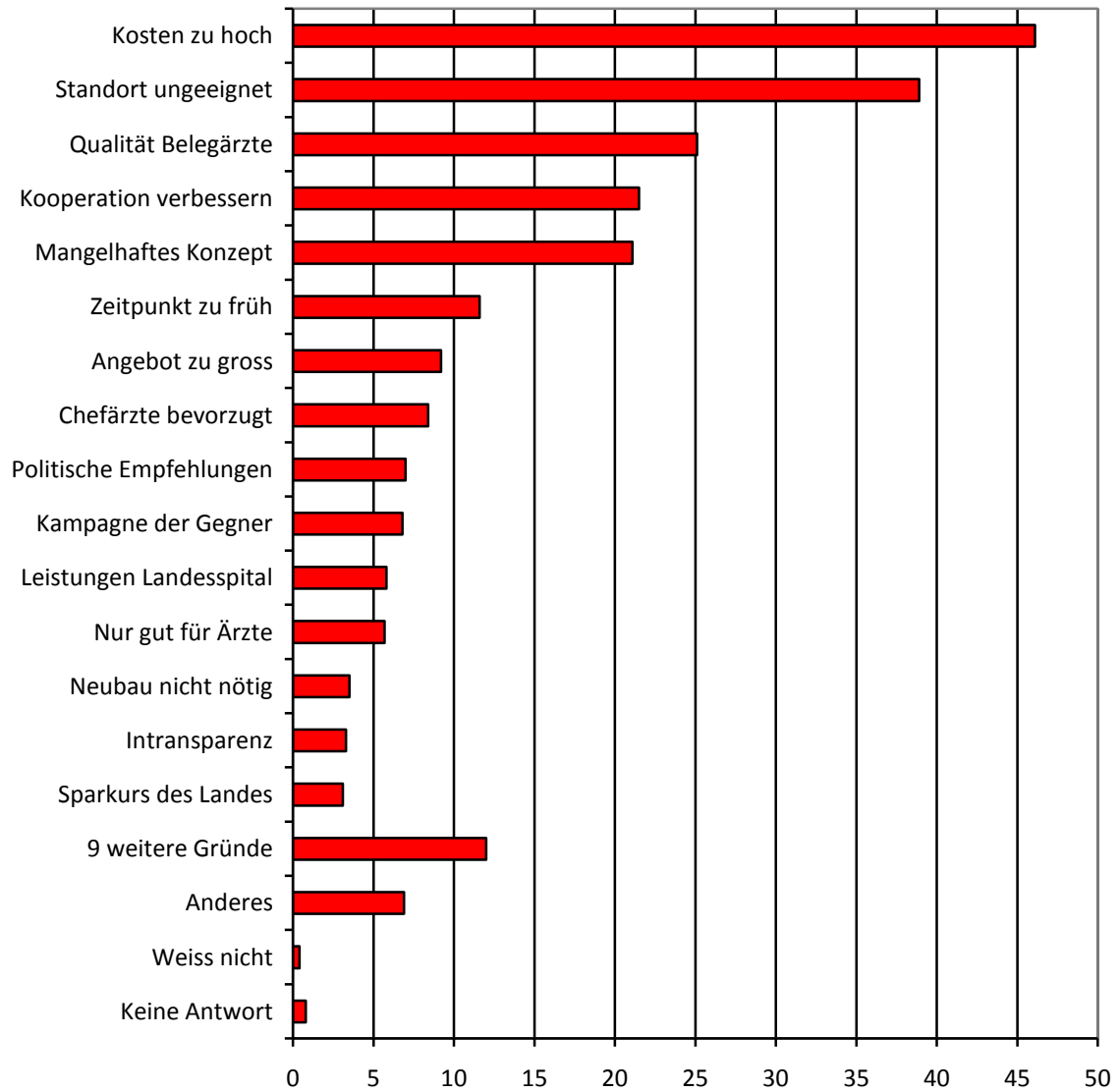
FILTER: Die Gründe für die Ablehnung an der Urne wurden in der Umfrage nur bei denjenigen abgefragt, die angaben, bei der Volksabstimmung mit Nein gestimmt zu haben.

In der Umfrage zur Zukunft des Landesspitals wurde die Rückerinnerungsfrage gestellt, welches die wichtigsten Gründe für die Ablehnung des Verpflichtungskredites waren. Die Antworten der offenen Frage wurden nachträglich zu Kategorien zusammengefasst.

Man muss sich bei dieser Frage vor Augen halten, dass die Abstimmung rund sechs Wochen vor der Umfrage stattgefunden hatte und daher die Rückerinnerung nicht ganz zuverlässig ist. Hinzu kommt, dass in der Zwischenzeit eine fortlaufende öffentliche Debatte über die Spitalplanung geführt wurde, sodass die Nennung von Gründen für die Ablehnung des Kredites an der Volksabstimmung auch von den nachfolgenden Diskussionen und Argumentationslinien beeinflusst ist.

An erster Stelle werden die hohen Kosten als Ablehnungsgrund genannt. Dieses Argument wird von 46 Prozent der Ablehnenden angeführt. An zweiter Stelle folge die Ablehnung des Standortes. 39 Prozent erwähnen dies als Grund. Es folgen Zweifel an der Qualität der Belegärzte, Kritik am Konzept, die Forderung nach besserer Kooperation und die Meinung, dass der Zeitpunkt noch zu früh sei. Es folgt eine lange Reihe von weiteren Argumenten, die jeweils von weniger als 10 Prozent der Ablehnenden angeführt werden.

Gründe für Ablehnung (Mehrfachnennungen)



Quelle: Umfrage Zukunft Landesspital (12/2011).